

Wöchentlich 66 Pf., monatlich 2.00 M.  
(schon 66 Pf. monatlich für Zustel-  
lung ins Haus) im voraus zahlbar.  
Vollendung 4.32 M., einschließlich 60 Pf.  
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-  
lung. Auslandsabonnement 4.— M.  
pro Monat; für Bänder mit einjährig-  
tem Druckfahrporto 6.— M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentag-  
lich zweimal, Sonntags und Feiertage  
einmal, die Abendausgabe für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage  
„Volk und Zeit“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkontos: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und  
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. P. u. Dtsch.-Ges., Depositent., Jerusalemstr. 65/66.

Groß-Berlin 10 Pf.  
Auswärts 15 Pf.

Die einseitig. Kongressliste 80 Pf.  
Reklamzettel 5.— M., „Kleine An-  
zeigen“ das fertige Wort 25 Pf.  
(schlieflich zwei fertige Wörter), jedes  
weitere Wort 12 Pf., Kabinett u. Tarif-  
Stellenangebote das erste Wort 15 Pf.,  
jedes weitere Wort 10 Pf., Worte über  
15 Buchstaben zahlen für zwei Worte,  
Arbeitsmarkt Seite 60 Pf., Familien-  
anzeigen Seite 40 Pf., Anzeigenannahme  
im Hauptgeschäftsbüro von 8 bis 17 Uhr.  
Der Verlag behält sich das Recht der  
Abrechnung nicht genehmter Anzeigen vor!

# Finanzjoch über Oesterreich.

## Internationales Bankkapital gegen Arbeiterschaft.

Wien, 11. September. (Eigenbericht.)

Oesterreich braucht dringend ausländische Kredite. Ein Vor-  
schuß, den die Bank von England unter dem Einfluß Hendersons  
der Wiener Regierung im Juni auf eine Schatzscheineleihe von  
150 Millionen Schilling gewährt hat — dieser Vorstoß ermöglichte  
die Ablehnung des damaligen unerhörten französischen Ultimatus  
an die österreichische Regierung — ist gekündigt. Die Oester-  
reichische Nationalbank hat bereits mit der Rückzahlung dieses Kre-  
dites an die Bank von England begonnen. Aber Oesterreich braucht  
dringend einen Ersatz für diese Gelder, die, wenn sie der öster-  
reichischen Wirtschaft entzogen würden, den wirtschaftlichen Bestand  
Oesterreichs nicht unbedenklich erschüttern könnten. Dergleichen  
braucht Oesterreich die Verlängerung des Kredites von  
100 Millionen Schilling, den die Bank für internationalen Zah-  
lungsausgleich in Bofel der Oesterreichischen Nationalbank zur Be-  
seitigung der Währungschwierigkeiten nach dem Zusammenbruch  
der Creditanstalt gewährt hat. Schließlich braucht Oesterreich aber  
über diese Summe hinaus, die der österreichischen Wirtschaft nicht  
entzogen werden soll, neue Gelder; diesem Zweck soll die  
zweite Rate der Investitionsanleihe dienen, deren  
ersten Teil Oesterreich im Sommer 1930 erhalten hat.

Wegen all dieser Kreditsummen hat sich Oesterreich an den  
Völkerbund gewandt. Der Beratung des österreichischen Anleihe-  
gesuches im Völkerbundsrat und im Finanzkomitee des Völkerbundes  
ist die Kapitulation Dr. Schöbers in der Zollunion-  
frage vorangegangen. Der Vizekanzler ist inzwischen aus Genf  
zurückgekehrt, der frühere Finanzminister auch verhandelt in Genf  
weiter. Donnerstagsabend hat sich Herr Dr. auch telephonisch  
an die Wiener Regierung gewandt und ihr mitgeteilt, daß  
er bis Sonnabend eine Entscheidung der parlamentarischen  
Körperschaften brauche.

Keine Entscheidung, die Ersparungen im Budget gewähr-  
leiste. Auf Ersuchen der Regierung hat der Präsident des National-  
rates Dr. Renner telegraphisch den Hauptausschuß  
(Kabinettsrat) des Nationalrates für Freitagmittag ein-  
berufen.

Inzwischen wurden sehr ernste Nachrichten über die Bedingun-  
gen des Auslandes bekannt. Der französische Finanzminister Piau-  
din hat dem Genfer Vertreter eines Wiener bürgerlichen Blattes  
ein Interview gegeben, in dem er

nicht nur bedeutende Abstriche an den Gehältern der österrei-  
chischen Bundesangestellten, sondern auch eine radikale Aenderung  
der österreichischen Sozialgesetzgebung und vor allem eine Kür-  
zung der Arbeitslosenunterstützung verlangt.

Die österreichische Regierung hat von derartigen Bedin-

gungen nichts mitgeteilt. Die ausländischen Finanzleute, die im  
Finanzkomitee des Völkerbundes vereinigt sind, scheinen auch offi-  
ziell noch keine anderen Bedingungen gestellt zu haben als die, daß  
Oesterreich das Budget des Jahres 1932 auf der Höhe der tat-  
sächlichen Einnahmen des Jahres 1931 balancieren müsse. Das  
bedeutet einen Abstrich an den Ausgaben im ganzen von etwa  
10 Proz. Wie diese Ersparnisse heringebracht werden sollen,  
darüber hat das Finanzkomitee bisher keine konkreten  
Forderungen gestellt.

Hinter den Kulissen sind allerdings zweifellos kapitalistische  
Intrigen im Gange, die darauf abzielen, wie in England so  
auch in Oesterreich das Sozialbudget zum Hauptangriff des  
bedeutendsten Ersparungsprogramms zu machen.

Da die Regierung Buresch nur eine Mehrheit von fünf Stimmen  
im Nationalrat hat und ihre Stellung infolge der Gegenseite unter  
den bürgerlichen Parteien wegen der Präsidentenwahl außerordent-  
lich geschwächt ist, so könnte die Regierung kaum ein Finanzprogramm  
durchführen, gegen das sich der entschiedene Widerstand der Sozial-  
demokraten richtet. Trotzdem sind selbstverständlich die Pläne gegen  
die österreichischen Arbeiter und Arbeitslosen, die in Genf hinter  
den Kulissen gesponnen werden, nicht ungefährlich. Es heißt,  
daß der holländische Berater der Oesterreichischen National-  
bank, der Professor Bruins, der während der Dawes-Zeit  
Berater der Deutschen Reichsbank gewesen ist, der Urheber der  
sozialreaktionären Pläne sein soll.

In der heutigen Hauptausschusssitzung berichtete der Vize-  
kanzler Schöber über die Genfer Verhandlungen.

In der Debatte brachte der frühere christlich-soziale Bundes-  
kanzler Streeruwitz eine Entschiedenheit ein, in der der Haupt-  
ausschuß erklärt, daß der Nationalrat zu Ersparungen im Budget  
entschlossen ist, die Sozialdemokraten, für die in der Debatte  
Bauer, Seig und Dannenberg sprachen, erklärten hierzu,  
daß die Sozialdemokraten wohl die Notwendigkeit der Herstellung  
des Gleichgewichts im Budget mit Hilfe von Ersparungen einsehen,  
daß sie sich aber in der Frage, wo eine Ersparung heringebracht  
werden sollte, vollkommen freie Hand vorbehalten. Selbstverständlich  
wandelten sich die Sozialdemokraten entschieden gegen jede Kür-  
zung der Arbeitslosenunterstützung. Der Antrag Streeruwitz wurde  
einstimmig angenommen.

Die Entscheidung über das Sparprogramm der Regierung ist  
auf einige Tage verschoben, bis nähere Nachrichten aus Genf da  
sind und bis die konkreten Ersparungsvorschläge vorliegen, die  
nach einem Antrag des Bundeskanzlers bei den Ersparungs-  
kommissionen in den Ministerien bis 25. September vorliegen sollen,  
bekannt sind.

Budget Snowdens mündet. Das Organ der Arbeiterpartei  
erkennt wohl die Notwendigkeit zur Balancierung des Staatshaushalts  
an, beanstandet jedoch, daß von den 70 Millionen Pfund neuer  
Steuern 56 Millionen auf unsoziale Weise, d. h. aus  
kleinen Einnahmen und als indirekte Steuern erhoben werden,  
während man die Möglichkeit gehabt hätte, den Rückzahlungsfonds  
für Staatsschulden zu suspendieren, die Vermögen stärker heran-  
zuziehen und die Erbschaftsteuer zu erhöhen. Der „Daily Herald“  
nennt Snowden einen Gefangenen der Cityfinanz,  
eine Ansicht, die in den Kommentaren der konservativen Presse mit  
umgekehrten Vorzeichen ihre Bestätigung findet. Die City selbst war  
über das Budget im allgemeinen befriedigt, aber eine unmittel-  
bare günstige Wirkung auf den Pfandkurs und  
auf die Börse blieb aus. Allgemein hört man in der City,  
daß die Balancierung des Budgets nur ein Anfang sei, der eine  
Behandlung der langfristigen Krise der englischen Wirtschaft ein-  
leiten müsse. Diese Behandlung besteht nach der Auffassung der  
Industrieführer darin, daß die

Löhne und damit die Produktionskosten der Industrie gesenkt  
werden müssen. Diese Ansicht wird allerdings in der konservativen  
Presse kaum ausgesprochen, die „Times“ erklärt aber, daß den  
Einsparungen im Staatshaushalt neue folgen müssen, damit die  
Industrie von dem neuen Steuerdruck entlastet werden könne. Ein  
weiteres Mittel zur Besserung der englischen Zahlungsbilanz greifen  
die „Daily Mail“ und der „Daily Express“ auf: die Propa-  
ganda für Zölle ist nach der Bereinigung des Budgets ohne  
das Hilfsmittel der Zölle nicht geringer, sondern heftiger geworden.

# Ein Sieg des Finanzkapitals.

## Die Hintergründe des englischen Regierungswechsels.

Nicht immer darf man die Aufgabe, die historische Wahr-  
heit festzustellen, den künftigen Geschichtsforschern überlassen.  
Die Feststellung dieser Wahrheit kann unter Umständen eine  
dringende politische Notwendigkeit sein. Das ist jetzt in Eng-  
land vom Standpunkt der Arbeiterbewegung in höchstem  
Maße der Fall. Der Streit zwischen Macdonald und Hender-  
son, am Tage, an dem die neue Macdonald-Regierung zum  
ersten Male vor das Parlament trat, war zum großen Teil  
ein Streit um die historische Wahrheit, nämlich  
um die Wahrheit über die Vorgänge, die zum Sturz der Ar-  
beiterregierung geführt haben. Trotzdem war das eine durch  
und durch politische Auseinandersetzung. Hat die Arbeiter-  
partei die Regierung verlassen, weil sie für die zwar unpopu-  
lären, aber bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage Englands  
unbedingt notwendigen Maßnahmen keine Verantwortung  
tragen wollte, oder sind diese Maßnahmen gar nicht not-  
wendig, sondern werden der englischen Regierung durch den  
Druck des Bankkapitals aufgezwungen? Das ist  
die eigentliche Streitfrage, deren politische Bedeutung auf der  
Hand liegt. Macdonald hat zweifelsohne in der Ueberzeugung  
gehandelt, daß er das tat, was für das Wohl des Landes und  
der Arbeiterschaft notwendig ist. Dieser Ueberzeugung steht  
die Auffassung gegenüber, daß er vor dem Druck des Bank-  
kapitals kapituliert und sich zum Vollzieher des Willens  
der kapitalistischen Reaktion gemacht hat. Wo liegt die Wahr-  
heit? Die Antwort auf diese Frage ist nicht nur für die eng-  
lische Politik von allergrößter Bedeutung, sondern auch für die  
sozialistische Bewegung in allen Ländern, in denen sozialistische  
Parteien zu politischen Machtfaktoren geworden sind.

Die Frage, die zur politischen Krise geführt hat, war die  
der Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen. Es wird  
darüber gestritten, ob diese Kürzung von den Banken als Be-  
dingung für die Anleihe gefordert wurde. Von  
der Seite der Arbeiterpartei wurde die Behauptung aufgestellt,  
daß die Banken, und namentlich die amerikanischen, der  
englischen Regierung ein Ultimatum gestellt haben. Diese  
Behauptung wurde von verschiedenen Seiten, darunter von  
Macdonald selbst, mit aller Entschiedenheit dementiert.  
Scheinbar steht eine Behauptung gegen die andere. Bei  
näherer Betrachtung stellt sich aber heraus, daß der wirkliche  
Zustand eigentlich von allen Seiten übereinstimmend  
wiedergegeben wird. Es kann nicht mehr bezweifelt werden,  
und es wird von keiner Seite bestritten, daß die Kürzung  
der Unterstützungssätze als Bedingung für die  
Gewährung der Anleihe bedacht wurde. Das hat  
auch Macdonald nicht bestritten. Er meinte nur, daß die Ban-  
kiers keine „politischen Vorschläge“ gemacht, sondern nur ihre  
„fachverständige Meinung“ geäußert haben. Es besteht auch  
völlige Uebereinstimmung darüber, welchen Inhalts diese  
„fachverständige Meinung“ war. Böllig eindeutig war in  
dieser Hinsicht schon ein „Dementi“ von amerikanischer Seite,  
welches in den „Times“ vom 26. August veröffentlicht war.  
Mit der Berufung auf die „beste Autorität“ wurde die Tat-  
sache des „Ultimatums“ bestritten, dann aber der folgende Satz  
hinzugefügt:

„Was die Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen anbetrifft,  
so wurde (in Amerika) weder in den Regierungskreisen noch in den  
Kreisen der Privatbanken aus der Ueberzeugung ein Geheimnis  
gemacht, daß das System der Unterstützungen den englischen Kredit  
unterwühlte.“

Es wäre müßig, über Worte zu streiten. Mag man das  
als Ultimatum oder irgendwie anders bezeichnen, die Tat-  
sache steht fest: als die englische Regierung eine größere  
Anleihe brauchte, um den Abfluß der ausländischen kurzfristigen  
Gelder aufzuhalten und eine Erschütterung des Pfunds zu ver-  
hüten, hat sie von den Banken erfahren, daß ohne eine  
Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen eine solche Anleihe  
nicht zu haben sei. Es handelte sich nicht bloß um den Willen  
der Regierung, das Gleichgewicht der öffentlichen Finanzen  
wiederherzustellen — dieser Wille war vorhanden —, sondern  
um eine ganz bestimmte Art, wie dieses Gleichgewicht er-  
reicht werden soll.

Der Druck des Bankkapitals war also da. Dieser Druck  
wurde ausgeübt nicht deshalb, weil die Kürzung der Unter-

# Wichtiger Beschluß in Bristol.

## Für Verstaatlichung der Eisen- und Stahlindustrie.

London, 11. September. (Eigenbericht.)

Auf dem Gewerkschaftskongress in Bristol  
wurde der am Donnerstag vorgelegte Bericht des Ge-  
neralrats über die Ereignisse, die zum Rücktritt der  
Arbeiterregierung führten, einstimmig gebilligt.  
Es wurde beschlossen, eine Untersuchung über das Pro-  
blem der Zölle durch den Generalrat vornehmen zu  
lassen. Das Ergebnis dieser Untersuchung soll einer  
besonderen Konferenz der Exekutivkomitees der an-  
geschlossenen Gewerkschaften vorgelegt werden.

Es wurde weiter mit 1,8 gegen 1,4 Millionen Stim-  
men eine Entschliessung angenommen, die die Ver-  
einigung der gesamten Eisen- und Stahl-  
industrie in einem einzigen öffentlichen  
Unternehmen verlangt. Die Stärke der Opposition  
gegen diese Resolution erklärt sich daraus, daß manche  
der Ansicht waren, dieser Plan mache die Einführung von  
Eisenzöllen notwendig.

„Daily Herald“ gegen Snowden.

London, 11. September. (Eigenbericht.)

In der englischen Presse stellt am Freitag der „Daily  
Herald“ so ziemlich das einzige Blatt dar, das sich gegen das

# Abrechnung Künstler mit der KPD. Montag, 14. September, Sportpalast!

fürung wirklich für die Ueberwindung der englischen Krise notwendig ist, sondern wegen ihrer, wie das der Londoner „Economist“ formuliert hat, „symbolischen“ Bedeutung: Das Unterstützungssystem „symbolisiere... die Starrheit der englischen Produktionskosten und Löhne“. Wie gut bekannt ist uns diese Sprache! Am wenigsten überraschend ist es, wenn diesmal die Feindschaft gegen die staatliche Unterstützung der Arbeitslosen vor allem von amerikanischer Seite zum Ausdruck gebracht wurde. Die amerikanischen Kapitalisten stehen jetzt im Kampfe gegen die Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung in Amerika. Sie brauchen für ihre Propaganda den Hinweis darauf, daß die Arbeitslosenunterstützung die staatlichen Finanzen und damit die Kreditwürdigkeit des Landes ruiniert. Es lohnt sich zu lesen, mit welcher Begeisterung z. B. eine ausgesprochen kapitalistisch eingestellte amerikanische Wochenchrift „Commercial and Financial Chronicle“ über den Regierungswechsel in England schreibt. Es ist für die Zeitschrift „erfrischend“, zu sehen, wie in England den Bestrebungen der Gewerkschaften Widerstand geleistet wird, während die amerikanische Regierung gegenüber den „unberechtigten Forderungen und der umstürzlerischen Aktion“ der amerikanischen Gewerkschaften versage. Wenn es sich um die Sicherung der Existenz von Millionen Arbeitslosen handelt, so erscheinen dem kapitalistischen Organ sogar die amerikanischen Gewerkschaften als revolutionäre Organisationen!

Nicht weniger kennzeichnend ist eine andere Äußerung des gleichen Blattes. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß England aus den ihm gewährten Krediten keinen Gebrauch machen wird, da „das Ende des zweiten englischen Experimentes mit der sozialistischen Regierung und die Sammlung der besten Talente für die Ueberwindung der Schwierigkeiten zweifellos das Vertrauen in England selbst und im Auslande wiederherstellen wird“. Ach! Wenn es um die Belämpfung der „sozialistischen Experimente“ geht, da sind alle Mittel, dann ist jede Katastrophenspolitik gut genug! Die akute Kreditkrise, die für England als Nachwirkung der deutschen Kreditkrise entstand, war bloß ein Vorwand für einen Angriff, der seit längerer Zeit vorbereitet wurde. Unwidersprochen sprach Macdonald selbst im Parlament von der „für inneren Gebrauch bestimmten Propaganda“, die einen starken Eindruck auf die ausländischen Geldgeber machte und dadurch in starkem Maße den internationalen Kredit Englands geschädigt hat. Macdonald erklärte, daß er die Urheber dieser Propaganda nicht als Opponenten der Arbeiterregierung, sondern als Feinde Englands bezeichnen will. Nun haben sich, was Macdonald nicht einsehen will, diese „Feinde Englands“ zu einer mächtigen Front der internationalen kapitalistischen Reaktion zusammengeschlossen, um der englischen Arbeiterregierung den tödlichen Stoß zu versetzen.

War diese Front wirklich entschlossen, alle Konsequenzen aus ihrem Angriff zu ziehen? Hätte man es wirklich gewagt, das Anleihenangebot der Arbeiterregierung abzulehnen und dadurch den Zusammenbruch des Pfundes und eine katastrophale Erschütterung des gesamten Welthandels herbeizuführen? Henderson meinte in seiner Rede, daß die interessierten Kreise das aus eigenem Interesse nicht hätten machen können. Vielleicht ist er viel zu optimistisch, vielleicht unterschätzt er, wie weit die kapitalistischen Kreise eine Katastrophenspolitik treiben können, wenn sie von ihrem Klassenhaß geleitet sind. Der Verlauf der englischen Krise zeigt uns auf jeden Fall, daß das internationale Kapital es wagt, ein außerordentlich gefährliches Spiel zu spielen, wenn es die Gelegenheit hat, einen Generalangriff gegen seinen Klassenfeind zu führen. Möge das Proletariat in der ganzen Welt aus diesem Beispiel der internationalen Klassenolidarität des Kapitals endlich einsehen, wie unbedingt notwendig die vollkommene internationale Solidarität und die Einheit der Arbeiterklasse ist!

Mit sicherem Instinkt hat sich die englische Arbeiterbewegung nicht dadurch irreführen lassen, daß sich Macdonald und andere verdiente Führer, als Opfer eines tragischen Mißverständnisses, für die Erfüllung der Forderungen des internationalen Finanzkapitals zur Verfügung gestellt haben. Es muß anerkannt werden, daß Macdonald und Snowden bemüht sind, die Auswirkungen der vollzogenen Kapitulation für die Arbeiterschaft möglichst milder zu gestalten. Trotzdem stehen sie momentan, wo sich in einem Augenblick von weltgeschichtlicher Tragweite die Welten trennen, außerhalb der Welt des sozialistischen Kampfes. Gewiß nicht als „Agenten“ des Finanzkapitals, sondern als Engländer, die dort nur den Kampf um das Pfund sehen, wo in der Tat der gewaltige Kampf um die Gestaltung der Welt einsetzt. In dem jetzt abgeschlossenen Borgeficht hat das internationale Finanzkapital den Sieg davongetragen, und wir werden gut tun, seine Macht nicht zu unterschätzen. Es ist aber kein gutes Zeichen für den augenblicklichen Sieger, daß er in seinem Kampf zu geradezu verzweifelten Mitteln griff, indem er drohte, eine fürchterliche wirtschaftliche Katastrophe in England und in der ganzen Welt heraufzubeschwören. Wir haben deshalb allen Grund, uns der Zuversicht von Henderson anzuschließen und mit ihm zu erklären, daß nichts uns davon abhalten kann, „treu zu stehen zu unseren Idealen, zu unseren Grundfähen und zu unserem sozialistischen Glauben“.

### Clynes gegen Kolverordnungsverfahren.

London, 11. September. (Eigenbericht.)

Im Parlament verteidigte die Regierung am Freitag das von ihr eingeschlagene abgekürzte Verfahren zur Durchführung ihrer Separation. Clynes sprach für die Opposition und bezeichnete in bitteren Worten das Verfahren als ungerecht und als einen Mißbrauch der Macht. Man müsse der Labour Party mehr Gelegenheit geben, so entscheidende Maßnahmen für die Arbeiter zu diskutieren. Die erbitterte Stimmung, mit der am Donnerstag das Parlament auseinanderging, herrschte auch am Freitag vor.

Der frühere Vordirektorsgeheimbewarter Tom Johnston griff Johann die englischen Bankiers an. Wenn wir nicht sehr vorsichtig sind, so führt Johnston fort, werden wir ein System erleben, bei dem die Finanz des Auslandes der britischen Regierung genau vorzuschreiben, wie sie ihre Angelegenheiten zu erledigen habe.

# Zur Kleinsiedlung von Arbeitslosen

## Neues Landproletariatsland oder Gartensiedlung?

Im Reichsfinanzministerium wurde, wie wir schon vor einigen Tagen mitteilten, ein neuer Plan für Kleinsiedlung aufgestellt, der auch bereits im Reichskabinett beraten wurde. 100 000 Arbeitslose sollen bis zum nächsten Frühjahr in Siedlungen von zwei bis vier Morgen Größe angelegt werden. Dort sollen sie Gemüse, Kartoffeln und Obst anbauen und Hühner, Gänse, Schweine und Ziegen halten. Gedacht ist vor allem an Krisenunterstützte und Wohlfahrtsdienstlose, die hierdurch einen Lebensunterhalt erhalten sollen und denen man dann keine Unterstützung mehr zu zahlen braucht, wodurch eine Ersparnis von 70 Millionen jährlich entstehen soll. Das primitive zu errichtende Wohngebäude soll zwei bis drei Zimmer umfassen. Besiedelt sollen die in der Nähe von Städten gelegenen landwirtschaftlichen Güter und Domänen werden. In der Nähe von Berlin sollen nach dem aufgestellten Plan 50 000 Morgen für Kleinsiedlungen zur Verfügung stehen, wodurch 20 000 bis 25 000 Kleinsiedler angelegt werden können. Die Kosten für ein Siedlungshaus sind auf 2000 Mark geschätzt, wozu noch für die erste Einrichtung ein Betrag von 500 Mark hinzutritt. Falls 100 000 Häuser gebaut werden, wäre also mit einem Kostenaufwand von 250 Millionen Mark zu rechnen. Die Finanzierung soll aus dem Aufkommen der Hauszinssteuer erfolgen.

### Auf den ersten Blick ist das Projekt sehr verlockend.

denn es scheint so, als ob alle die Arbeiter, die schon sehr lange ohne Schuld auf der Straße liegen, endlich wieder einen Beruf erhalten und ihren Lebensunterhalt erwerben könnten. Betrachten wir aber einmal genauer, wie sich die Lage eines auf solche Weise Angesiedelten gestalten würde. Die meisten Industriearbeiter verstehen von der Landwirtschaft oder der Gärtnerei naturgemäß verhältnismäßig wenig. Um aber auf dem mageren Sandboden, z. B. in der Umgegend von Berlin, auf einer Fläche von zwei bis vier Morgen schon bald eine Ernte zu erzielen, die den Bedarf an Gemüse und Kartoffeln deckt, gehört schon allerhand. Daneben muß der Siedler aber noch soviel für den Markt liefern, daß er für den Erlös Körnerfutter für sein Vieh kaufen kann und außerdem aus den Einnahmen seinen gesamten sonstigen Lebensbedarf bestreiten kann. Das ist aber bei zwei bis vier Morgen völlig ausgeschlossen. Infolgedessen wird seine Lebenshaltung unerhört gedrückt werden. Er wird

### aus einem arbeitslosen Industrieproletariat zu einem hungernden Landproletariat

werden. Auch eine Nebenbeschäftigung in der Industrie wird für ihn, wenn einmal wieder Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sein sollten, ausgeschlossen sein, denn die Siedlungen werden bei einem derartig großen Umfang nicht so verkehrsgünstig liegen können, daß der Siedler täglich zur Arbeit in die Stadt fahren kann. Es müßte also erst neue Verkehrswege geschaffen werden, was unabsehbare neue Kosten erfordert.

## Moritz Jarnow verurteilt.

### Verleumdung Rostes = 400 Mark.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte eröffnete gestern die Strafanzage des Oberpräsidenten, Genossen Roste, den Reigen der Beleidigungsprozesse im öffentlichen Verkehr gegen Moritz Jarnow, der sich in seiner Heftchrift „Gefesselte Justiz“ als Vereiner der deutschen Rechtspflege aufspielt. Herr Jarnow hatte in seinem Buch eine Verleumdung aufgeschrieben, die im Jahre 1919 gegen den damaligen Reichswehrminister Roste ausgesprochen worden war: Roste habe einer Firma, hinter der der ihm befreundete Sturz gestanden habe, Festungsabrüstungsarbeiten zugeleitet. Diese nach elf Jahren wieder neu aufgetauchte Komelle wurde dann auch prompt von einem hannoverschen Blättchen übernommen, was dem Redakteur ebenso prompt zwei Monate Gefängnis einbrachte. Oberpräsident Roste hatte dieser Verleumdung gegenüber mit aller Klarheit erklärt, daß von all dem kein Wort wahr sei, und daß er als Reichswehrminister über Vergebung von Abrüstungsarbeiten überhaupt nicht zu bestimmen gehabt habe.

In der gestrigen Verhandlung behauptete Herr Moritz Jarnow, daß ihm jedwede Beleidigungsabsicht ferngelegen habe. Der Staatsanwalt beantragte wegen überlauer Rede gegen den Angeklagten Moritz Jarnow 3 Monate Gefängnis und gegen den Verleger Lehmann 1 Monat Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten Jarnow, Rechtsanwalt Bloch, glaubte sich darauf berufen zu müssen, daß der Angeklagte sein Buch aus „einem heißen Herzen“ geschrieben, und daß es ihm nicht um die Personen, sondern um die Sache ging. Der deutsche nationale Rechtsanwalt Eversing hielt, wie immer, eine langweilige, einseitige Rede für den Verleger der „Gefesselten Justiz“, Lehmann.

Das Gericht verurteilte Moritz Jarnow zu 400 Mark und den Verleger Lehmann zu 200 Mark Geldstrafe und sprach dem Oberpräsidenten Roste die Publikationsbefugnis im „Angriff“, im „Vorwärts“ und in der „Niederrheinischen Zeitung“ in Hannover zu.

## Die Genfer Generaldebatte.

### Heute vormittag redet Curtius.

Genf, 11. September. (Eigenbericht.)

In der Nachmittagsitzung des Völkerbundes hielt der frühere Direktor der Abrüstungsabteilung in Genf und jetzige Botschafter Spaniens in Washington, Radartaga, eine sachkundige Rede über die Abrüstung. In den meisten Staaten wüßten die Außenminister nicht was die Kriegsminister läten. Die Arbeiten bis zur endlichen Einberufung der Abrüstungskonferenz hätten eine solche Menge Akten hervorgerufen, daß man mit ihnen die Strecke von Genf bis Warschau bedecken könnte. Die Arbeit sei aber nicht vergeblich. Nach Spaniens Anschauung müßte ein kombiniertes System aus direkter Verminderung des lagernden Materials, Beschränkung des Budgets und Kontrolle der privaten Waffenfabrikation angewandt werden, wenn eine wirkliche Abrüstung zustande kommen sollte. Man müsse alles tun, um ein Mißlingen der Konferenz zu vermeiden, aber auch ein Mißlingen werde den Völkerbund nicht zerfallen und gerade auf die Weiterarbeit nach einem eventuellen Mißerfolg müsse sich jedes Volk einstellen, um dem Vaterland der Väterländer das Leben zu erhalten.

Collins, Australien verlangte im Gegensatz zu Spanien und England vor allem eine Einschränkung der Ausgaben des Völkerbundes, während Garay, Panama sich gegen das Gericht verwahrte, nach dem die Vollversammlung aus Ersparnisgründen nicht mehr alljährlich abgehalten werden sollte. Eine Reihe

Es könnten noch viele andere Bedenken gegen eine solche Siedlung von Arbeitslosen erhoben werden. Allein aber schon die gemachten Ueberlegungen genügen, um den Plan, dessen finanzielle Unterlagen zudem nicht geklärt sind, als abwegig bezeichnen zu können.

Anderes wäre es, wenn man nicht Siedlungen von zwei bis vier Morgen einzurichten gedächte, sondern wenn man jedem Wohlfahrtsunterstützten und, soweit es möglich ist, auch jedem sonstigen Arbeitslosen Loubengebäude in Größe von 600 bis 1000 Quadratmeter zur Verfügung stellt, damit er dort seinen Bedarf an Gemüse und auch ganz oder teilweise an Kartoffeln sich selber beschaffen kann.

Auf solchen größeren Schrebergärten brauchte zunächst auch kein festes Haus gebaut zu werden, sondern es genügt Sommerlauben, die selbstverständlich viel billiger sind. Die Anlagungskosten eines solchen Gartens liegen etwa zwischen 200 und 300 Mark je nach Größe der Wohnlaube und den Wasserverhältnissen. In Berlin gibt es 66 000 organisierte Kleingärtner, die 20 Millionen Quadratmeter Land bewirtschaften und die, soweit sie arbeitslos sind, einen Teil ihrer Ernährung aus ihrem Garten selber ernten können. Diese Kleingärten sind das beste Beispiel dafür, wie man den Arbeitslosen durch Zuteilung von Land ihre Lage mit Erfolg erleichtern kann.

Daß bei der Errichtung dieser Gärten sämtliche baulich-polizeilichen Erschwerungen in Fortfall kommen müssen, ist natürlich Voraussetzung. Ebenfalls muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeitslosen kostenlos zu ihren Gärten gelangen können, ferner, daß das Material für den Loubenbau, für die Jäune, den notwendigen Düng den erwerbslosen Siedlern ohne jede handelsmäßige Verteuerung und eventuell mit öffentlichen Zuschüssen zur Verfügung gestellt wird. Im übrigen kann die Mithilfe der Erwerbslosen, denen Gärten zugeteilt werden, im weitesten Umfang in Anspruch genommen werden. Man versuche aber nicht, durch Arbeitspflicht oder ähnliche Phantastereien die Beteiligung nicht direkt an der Gartenbaufriedung interessierte Erwerbslosen erzwingen zu wollen. Schließlich ist noch eine Voraussetzung zu erfüllen.

Selbstverständlich darf den Erwerbslosen, die einen solchen Garten erhalten oder pachten, nichts von ihrer Unterstützung abgezogen werden, denn so groß sind die Möglichkeiten, die Ernährung aus den Erträgen eines Gartens aufzubauen, auch nicht. Im Lebenshaltungsindex machen die Ausgaben für Kartoffeln und Gemüse noch nicht 5 Proz. der gesamten Lebenshaltungskosten aus; ein Abbau der Unterstützung wäre also nicht zu rechtfertigen.

Will die Reichsregierung also eine wirkliche Arbeitslosenhilfe, so soll sie den bisherigen Siedlungsplan umwandeln und die Abgabe an Gartenland für die Erwerbslosen organisieren. Anfänge hierfür sind bereits in verschiedenen Gemeinden gemacht worden. Die hier gemachten Erfahrungen müssen nutzbar gemacht werden.

Delegationen hat beantragt, die Inkraftsetzung des Protokolls über die Revision des Statuts des Haager Gerichtshofes auf die Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird der ersten Kommission überwiesen. Die Generalaussprache wird am Sonnabend beendet werden. Am Vormittag spricht Dr. Curtius.

## Weizengeschäft mit USA abgeschlossen.

### 200 000 Tonnen — vom Reich bis 1934 garantierte Kredite zu 4% Prozent.

Wie wir aus New York erfahren, ist der Verkauf von amerikanischen Weizen für Deutschland gestern vertraglich abgeschlossen worden. Es handelt sich um 200 000 Tonnen; Käufer ist die Deutsche Getreidehandels-Gesellschaft. Die Amerikaner gewähren einen Kredit bis zum Jahre 1934, der mit 4% Proz. zu verzinsen ist und für den das Deutsche Reich die Garantie übernimmt. Dem Geschäft liegt der Preis vom 10. September zugrunde. Welcher Preis ist nicht gesagt. Jedenfalls handelt es sich um den der Chicagoer Börse.

Eine Einfuhr von 200 000 Tonnen entspricht knapp 5 Proz. der deutschen Weizenerte und bleibt weit hinter dem jährlichen Einfuhrbedarf Deutschlands noch zurück. Die Kreditgewährung bis zum Jahre 1934 bedeutet für den Augenblick eine Ersparnis von Devisen in dem ausmachenden Betrag. Die handelspolitische Schwierigkeiten aus dem Kreditgeschäft entstehen, muß man abwarten, da auch Länder wie Kanada und Argentinien an der Weizenlieferung nach Deutschland interessiert sind. Die Stellungnahme zu dem Geschäft wird im übrigen davon abhängen, welche Verwendung der amerikanischen Weizen in Deutschland finden wird.

Ein Glückwunsch aus Argentinien. Die heute in Deutschland eingetroffene Nummer des republikanischen „Argentinischen Tageblatt“ in Buenos Aires enthält einen Bericht über die Verfassungsfeier, die von dem dortigen sozialdemokratischen Verein Vorwärts, der Republikanischen Vereinigung und dem Reichsbanner veranstaltet wurde. Die Nachricht vom Scheitern des rechtsradikalen Volksentscheids wurde mit großem Jubel aufgenommen. Die Versammelten schickten folgendes Telegramm an Ministerpräsident Braun: „Zur Verfassungsfeier versammelter Republikaner Buenos Aires beglückwünscht Regierung zur Niederlage der Reaktion.“

Schüsse auf eine Polizeistatue in Gelsenkirchen. In der Nacht zum Donnerstag wurden auf zwei Polizeibeamte vom Hofe der Hindenburgschule mehrere Schüsse abgegeben. Die Beamten erwiderten das Feuer, doch sind die Täter im Schutze der Dunkelheit entkommen. Die Untersuchung ist im Gange.

Die heftigsten Landtagswahlen finden am 18. November statt. Man rechnet mit einem erbitterten Wahlkampf. Die Wahlvorbereitungen sind bei allen Parteien in vollem Gange. Der derzeitige Landtag wird zu seiner letzten Session am 13. Oktober zusammenzutreten.

Hauptmann Stennes hat sich wieder von Otto Straßer getrennt. Das Durcheinander bei den Abspaltungen von der Hitlerpartei ist kaum mehr zu überblicken.

Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Karl Sattler, Redakteur der „Sozialistischen Republik“ in Köln, wurde am Freitag vom erweiterten Schöffengericht zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in drei Ausgaben seiner Zeitung dem Kölner Oberbürgermeister Adenauer vorgeworfen, er habe sein Kapital ins Ausland gebracht und sich in der Schweiz ein großes Gut gekauft. In diesen Behauptungen war kein Wort wahr.

# Fahrt ins Wochenende

## Die Düne am Seddinsee - Gosener Berg und Gosener Graben

Das Gebiet der Oberpreze weist eine Fülle von schönen Wegen auf. Wir fahren mit der Straßenbahnlinie 86 bis Schmöckwitz. Die Fahrt am Ufer des Langen Sees gehört zu den schönsten, die man mit der Berliner Straßenbahn machen kann. Das wechselnde Panorama der Müggelberge, das blaue Wasser der zum Langen See ausgeweiteten wendischen Spree, der Dahme, und das lustige Sporttreiben sind einprägsame Bilder. Die Straßenbahn hält an der kleinen, dörflichen Kirche von Schmöckwitz. Wenige Schritte führen von hier zur Schmöckwitzer Brücke. Gleich links hinter der Brücke weist eine Wegetafel zur Seddin-Promenade, die zum Spree-Oder-Kanal führt. Nach etwa 20 Minuten erreichen wir die rotgestrichene Kanalbrücke, überschreiten sie und wandern nun in fast nördlicher Richtung durch den Riesenwald in das Gebiet der „Berliner Schweiz“. Der Berliner liebt seine Hügel zärtlich, und Bodenwellen von riesigen Ausmaßen sind oft Grund genug, den Vergleich mit der Schweiz zu ziehen. Schon nach 1 Kilometer stehen wir vor den Sandhügeln der „Gosener Berge“, deren höchste Kuppe 82 Meter über dem Meeresspiegel und wohl etwa 50 Meter über dem Spiegel des Seddinsees aufragt. In der grellen Sonne leuchtet der mächtige Sand, brennend gelb wie ein Kanal der Zerstörung. Nackte Baumwurzeln klammern sich verzweifelt in das feine Korngewebe der Düne. Der Wind jagt den Sand durch die Wurzeln, so daß sie ihre phantastischen Formen offenbaren und zuweilen dastehen wie Tore, auf denen sich der Baumstamm aufbaut. Wir steigen durch den lockeren Sand empor zur „Schillerwarte“, die zwar architektonische Schönheit vermissen läßt, aber doch einen weiten Rundblick bietet. Von ihrer Höhe aus zeigt sich wieder die Weite der Spreelandschaft, Wälder und Seen, und in der Ferne die Schöte, die Türme der Weltstadt. Im Süden die Funktürme von Königswusterhausen, im Norden die Fabriken von Kalkberge-Küdersdorf. Zu unseren Füßen der Seddinsee auf der einen und der verwunschene Wernsdorfer See auf der anderen Seite. Die Kreuzform des Dorfes Gosen enthüllt sich hier und auch die an den Spreewald gemahnende Landschaft des Gosener Grabens.

Am Ufer des Seddinsees altbekannte Gastwirtschaften, die auch das Ziel vieler Berliner Dampferfahrten sind. Man kann sich von hier aus auch zu der Gastwirtsinsel Seddinwald übersehen lassen, die an heißen Sommertagen von vielen Ausflüglern besucht wird. Wir verlassen nun die Gosener Berge und wandern in nördlicher Richtung weiter. Interessant ist der Weg am Ufer des Wernsdorfer Sees entlang, der die verschiedenen Stufen der Verlandung zeigt. Das hübsche Dorf Gosen, das wir nach einer Viertelstunde erreichen, liegt bereits im Kreise Beestow-Stortow. Es wurde 1784 von Friedrich II. gegründet, der hier Pfälzer-Familien ansiedelte. Wir verlassen alsbald das Dorf in nördlicher Richtung, schreiten auf guter Chaussee durch das Gebiet des Gosener Grabens, durch den die Verbindung des Seddin- und Dämmerlissees hergestellt wird und können uns hier einen Begriff machen von der gewaltigen Ausdehnung, die die Spree in früheren Zeiten der Erdentwicklung gehabt haben muß. Das ganze Riesengebiet zwischen Gosen, Wernsdorf, Neu-Zittau, Alt-Harismannsdorf und Ernter hat in noch nicht allzu lange vergangenen Zeiten ein einziges Seengebiet gebildet. Damals war die Spree ein breiter, mächtiger Strom, mit dessen Ausmaßen verglichen ihr heutiger Wasserlauf als ein armseliges Rinnsal erscheinen muß. Zwei Brücken führen über die kleinen Wasserläufe des Gosener Schilfparadieses. Nach der Ueberquerung der zweiten haben wir die Försterei Fahlenberg erreicht. Links hinter der Brücke eine schön gelegene Gastwirtschaft. An ihrem Landungssteg viele Sportboote und im Gosener Graben selbst ein ewiges Hin und Her von Kanus, Segel- und Motorbooten. Wir gehen nun durch den Wald oder auch über

die Chaussee nach Müggelheim, das etwa 3 Kilometer von der Försterei Fahlenberg entfernt ist. Von hier hat man die Möglichkeit, mit dem Autobus A 43 nach Köpenick zu fahren. Schöner ist es



In den Gosener Bergen  
Vom Winde freigelegte Baumwurzeln

jedoch über die Müggelberge hinweg oder am Ufer des Langen Sees entlang bis Wendenschloß zu wandern und hier die Heimfahrt mit der Straßenbahnlinie 83 anzutreten, die in Köpenick Anschluss an die in die Stadt führenden Linien bietet. Weglänge etwa 15 Kilometer.

### Wieder Schlägerei im Südwesten.

**Nazis gegen Kommunisten. - 7 Hakenkreuzler festgenommen**  
Der Straßenkrieg zwischen Kommunisten und Hakenkreuzlern im Südwesten Berlins geht trotz des blutigen Zwischenfalles in der Gneisenaustraße und trotz der polizeilichen Sicherungsmassnahmen in dieser Gegend weiter. Gestern Abend entstand zwischen den links- und rechtsradikalsten Gegnern an der Ecke Kottb.- und Mariendorfer Straße wieder eine schwere Schlägerei. Den Anlaß hierzu soll ein Kommunist gegeben haben, der einen Hakenkreuzler mit einem Messer bedrohte. Durch die Polizei wurden sieben Nationalsozialisten festgenommen und der Abteilung IA eingeliefert. Den Kommunisten war es gelungen, rechtzeitig zu flüchten.

Die Schlägerei in der Gneisenaustraße, die ein Todesopfer und drei Verletzte forderte, ist noch immer Gegenstand der

polizeilichen Untersuchung. Bisher war es noch nicht möglich, die Schläger zu ermitteln. Seit drei Tagen sind in der Umgegend des Tatortes bei verdächtigen Personen Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, die jedoch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben.

In einem Haftprüfungstermin ist gestern die Freilassung der vier Kommunisten, die im Verdacht stehen, die tödlichen Schläge auf die Polizeioffiziere Anlauf und Bent am Bülowplatz abgefeuert zu haben, angeordnet worden. Die Verdächtigen wurden in Freiheit gesetzt. Von der Staatsanwaltschaft ist gegen die Haftentlassung Beschwerde eingelegt worden.

### 200 Opfer eines Tropensturms.

Stadt Velize in Britisch-Honduras zerstört.

W i a m i (Florida), 11. September.

Die Fluggesellschaft Panamerican Airways erhielt die inoffizielle Nachricht aus Velize in Britisch-Honduras, daß gestern bei einem Tropensturm 200 Menschen getötet worden seien. Der Leiter der hiesigen Station der Panamerican Airways erklärte, die Radioverbindung mit der Station Velize, die seit gestern mittag unterbrochen war, sei jetzt wieder hergestellt und der Leiter des Flugfeldes Velize habe gefunkt, daß Velize durch den Tropensturm zerstört sei und 200 Menschen umgekommen seien. Der genaue Zeitpunkt, wann der Tropensturm über Velize hereingebrochen ist, sei noch unbekannt. Inzwischen wurde ein in San Salvador befindliches Flugzeug der Panamerican Airways beauftragt, alle verfügbaren Vorräte und Medikamente nach Velize zu schaffen.

### Braunes Haus und Nord Südbahn.

Auch Kommunisten wird gekündigt. - Wie lange noch Nord Südbahn A.G.?

Gestern fand eine Aufsichtsratsitzung der Nord Südbahn-Aktiengesellschaft statt, jener Gesellschaft, die längst abbaureif erscheint und bisher als städtisches Bauamt für die Untergrundbahnbauten fungierte. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer letzten Sitzung eine Vorlage, die sich auch mit der Auflösung der Nord Südbahn-Aktiengesellschaft beschäftigte, an einen Ausschuß überwiesen. Es ist zu hoffen, daß die Stadtverordneten möglichst bald zu einer Entschcheidung kommen werden.

In der gestrigen Aufsichtsratsitzung stand die Skandal-affäre der Vermietung des städtischen Hauses Stralauer Str. 30 an die Nationalsozialisten, die hier ein „Braunes Haus“ für ihre SA-Kolonnen schaffen wollten, im Mittelpunkt der Beratungen. Direktor Boussier hat sich als Mitverantwortlicher für den Abschluß des Mietvertrages bereits vor einigen Tagen bereit erklärt, sein Amt niederzulegen. Eine Entschädigung des Aufsichtsrats ist noch nicht getroffen worden. Dagegen hat der Aufsichtsrat beschlossen, auch den kommunistischen Organisationsstellen, die städtische Häuser gemietet haben, sofort zu kündigen. Der kommunistische „Kampfbund gegen den Faschismus“ hat das Haus Jüdenstraße 20 gemietet und in der Nähe des Wolkenmartes ist der gleichfalls unter kommunistischer Leitung stehende „W.H.“ eine Etage vermietet worden. In dem letzteren Hause sind die Räume noch nicht bezogen worden und die Kommunisten dürften jetzt kaum noch in den Besitz der Wohnung gelangen. Schwere Bedenken wurden in der Sitzung gegen die Geschäftsführung des kaufmännischen Direktors Raab erhoben, der seine Unterchrift gleichfalls unter den Mietvertrag mit den Nazis gesetzt hat.

## WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN  
VON Felix Scherret.

Der alte, weißhaarige Prokurist Christians legt sein gutmütiges Gesicht in Falten und sieht James mit den wasserblauen Augen ernst an. Er versteht schon. Abbau der Gehälter ist ein aktuelles Thema. Es liegt in der Luft.

„Und da hab ich mir ausgerechnet, daß eine zehnprozentige Gehaltskürzung bei meinem Personal unumgänglich notwendig ist. Die einzelnen Angestellten merken es nicht, dazu ist der Betrag zu klein, und bei uns summiert es sich zu einem immerhin recht beachtenswerten Posten.“

„Herr Silvester, wenn ich etwas sagen darf, möchte ich erwähnen, daß die dadurch entstehenden Ersparnisse für die Firma unbedeutend sind, während der Angestellte selbst bei einer Kürzung des Salärs — er braucht immer diese altertümliche Bezeichnung — von nur zwanzig Mark sich sehr viel mehr einschränken muß. Wir zahlen außerdem nur Tarifgehälter.“ Er redet langsam, wählt bedächtig die Worte und macht James durch seine sachliche Ruhe nervös.

„Zu Ihrer Beruhigung will ich Ihnen sagen, daß Ihr Gehalt selbstverständlich nicht gekürzt wird. Ich weiß, was ich einem langjährigen, treuen und verdienstvollen Mitarbeiter der Firma schuldig bin.“ James spricht ein wenig von oben herab. „Deswegen brauchen Sie sich nicht zu ängstigen.“

„Es geht mir nicht darum, ich will keine Ausnahme bilden. Die Bedingung müßte wohl lauten: wenn abgebaut wird, dann bei allen.“ Christians bleibt ruhig und bedacht.

James ist beschämt und ärgert sich darüber. „Wollen wir zur Sache kommen“, sagt er kurz. „Bon den Buchhaltern Wende und Krüger ist einer überflüssig; sagen wir: der Wende. Der kann durch einen Volontär ersetzt werden. Was tut denn mein Bürochef Ziege den ganzen Tag? Warum hat er zwei Buchhalter unter sich?“

Christians zieht einen Bleistiftstummel von seinem Ohr und rechnet. „Die beiden Buchhalter sind nicht unbedingt notwendig. Wir könnten einen entlassen und uns einen jungen Mann nehmen. Dadurch würden etwa 220 Mark im Monat wegfallen.“

„Sehr schön!“ sagt James so begeistert, daß über das Gesicht des alten Christians ein schwaches Lächeln huscht.

„Das wäre aber wohl die einzige Entlassung, die in unserem Büro vorzunehmen ist.“

James wird durch Christians' langsam gefakte Worte zum Rasen gebracht. „Hergott nochmal“, schnaubt er, „mein Büro ist voll von Personal, und ich sehe nie, daß jemand etwas tut. Die Stenotypistin Hinzelmann sitzt ganze Tage unbeschäftigt da.“

„Die können wir nicht entlassen, wir brauchen eine perfekte Kraft an der Schreibmaschine. Dann eher Frau Caspari...?“

„Die bleibt!“ bestimmt James.

„Was die zehnprozentige Gehaltsreduzierung betrifft, so werde ich das Nötige veranlassen. Ich schlage vor, ab 1. Juni. Man muß einen Monat Spielraum lassen. In Betracht kämen die Damen Rosoff, Hinzelmann und Caspari, und die Herren Ziege, Wende und Krüger, sowie meine Wenigkeit.“

„Lassen Sie das mit Ihrem Gehalt. Sie stehen außerhalb dieser Aktion.“

Der Prokurist Christians nickt dankend.

„Ich werde Wilmo ein Konto einrichten und ihr die zehn Prozent darauf einzahlen, beschließt James, dem die ganze Angelegenheit plötzlich überflüssig und dumm vorkommt. Na, nun ist es geschעה, ich kann jetzt nicht wieder zurückspfeifen.“

„Also gut, die Sache ist damit erledigt.“

In Christians' Zimmer steht Bürochef Ziege vor dem Schreibtisch. Er hält einige Schritte Distanz, damit es um Gottes willen nicht so ausfähe, als schnüffle er in anderer Leute Briefschaften. Ziege ist in den verschiedenen Räumen der Firma schon oft in dieser Stellung angetroffen worden. Immer wenn er eintritt, ist niemand anwesend. Pech! Er gibt sich mit biederer Miene das Ansehen eines geduldig Wartenden.

„Ich hätte hier...“

„Lassen Sie man.“ Christians wischt sich mit dem Taschentuch über das Gesicht. „Er will abbauen.“

„Nanu?! So aus heiterm Himmel?“

„Ist eben kein heit'rer Himmel! Gott, er sieht's bei den anderen, bei den Erikson, Damme und Konsorten, da versucht er's auch.“ Christians verspürt Lust auf einen stärkenden Schluck Rotwein.

„Wieviel denn?“

„Zehn Prozent!“

Bürochef Ziege atmet auf. Der entstehende Verlust ist

nicht so groß, wie er fürchtete. Nach und nach könnte man die zehn Prozent in Speien verrechnen, ohne daß der Chef sie findet.

„Der Wende soll entlassen werden.“

„Den Wende brauch ich“, sagt Bürochef Ziege leise, aber sehr bestimmt. „Er ist meine rechte Hand. Der Krüger kann gehen, wenn für ihn ein Lehrling eintritt.“ Bürochef Ziege mag den eleganten Buchhalter Krüger nicht leiden. Der junge Mann läßt es ihm gegenüber an der nötigen Ehrerbietung fehlen. <sup>Wen</sup> hielem Grunde fällt er jetzt.

„Schönchen!“

„Ja, ja“, wiegt Ziege sein rotblondes Haupt. „Wir müssen wieder einmal bluten. Aber ich bleibe dabei: wir zehren alle an einem Strang.“ Er streicht über sein Spitzbärtchen, ergreift zwei lange, mit vielen Korrekturen versehene Briefe, die Fräulein Hinzelmann getippt hat und geht ins Schreibmaschinenzimmer. Die Briefe müssen umgeschrieben werden.

Fräulein Hinzelmann fräut sich dagegen.

„Was wollen Sie denn? Ich verstehe Sie nicht.“ Bürochef Ziege runzelt die Stirn. „Erlauben Sie mal, jetzt ist's halb zwei, Sie haben geschlagene zwei Stunden Zeit. Er läßt seine Uhr, die an einem Lederrücken befestigt ist, zurück in die Westentasche gleiten.“

„Ich hab aber noch die ganzen Abrechnungen zu schreiben. Daß um den Lehten herum immer viel zu tun ist, dürfte wohl bekannt sein.“ Fräulein Hinzelmanns Ton klingt spitz. Sie sieht verblissen auf die Remington-Schreibmaschine. Sie hat sich pünktlich um halb vier nach Büroschluß verabredet und will unter keinen Umständen zu spät kommen. Der Kampf entbrennt weiter.

„Wie gesagt, Sie müssen die beiden Briefe noch einmal abschreiben. So voller Korrekturen kann ich sie nicht wegschicken.“

Dann hättest du alter Esel sie gleich richtig diktieren müssen, begehrt Fräulein Hinzelmann innerlich empört auf. Sie sagt nichts, aber ihr Grimm prägt sich auf dem runden Gesicht aus.

Herr Ziege erwartet eine Antwort.

„Ich will zusehen, daß ich es schaffe“, macht Fräulein Hinzelmann eine schwache Konzession.

Herrn Ziege gefällt das nicht. „Sie wollen zusehen, ist nicht gut. Sie werden eben ein bißchen Ueberstunden machen müssen. Das kann mal vorkommen. Ich muß es täglich tun!“ belehrt er milde und väterlich. (Fortsetzung folgt.)

## Beraubte Einschreibebriefe.

Freispruch eines Postbeamten mangels Beweises.

Einen umfangreichen Indizienbeweis hatte die Postbehörde gegen einen Beamten zusammengetragen, der im Verdacht der Untreue stand und sich nun vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen gewinnfächtiger Urkundenbeschädigung zu verantworten hatte.

Der Bahnpostbeamte S. war seinen Vorgesetzten in den letzten drei Jahren dadurch aufgefallen, daß seine Sendungen am meisten vom Publikum beanstandet wurden. Er fuhr auf der Strecke von Berlin nach Straßund und hatte die gewöhnliche Post und die Einschreibebriefe zu sortieren. Ein Teil der Einschreibebriefe wurde immer während dieser Fahrt geöffnet und einiger Geldscheine beraubt. Als der Beamte auf eine andere Strecke versetzt wurde, hörten auf dem Straßunder Kurs die Beraubungen auf, während sie von der Strecke, die der Beamte jetzt fuhr, gemeldet wurden. Als er nach dem Straßunder Kurs zurückversetzt wurde, wurden wieder dieselben Vorkommnisse gemeldet. Um den Beamten, bei dem verschiedene Durchsuchungen ergebnislos durchgeführt worden waren, zu überführen, gab die Kriminalpoststelle mehrere extra präparierte Einschreibebriefe auf, in denen gezeichnete Geldscheine enthalten waren. Unter besonderen Vorsichtsmaßnahmen wurden die Briefe in Berlin zur Bahn gebracht und von Straßund wieder abgeholt. Drei Briefe waren im Bahnpostwagen geöffnet und wieder zugestellt worden, von den gezeichneten roten fehlten zwei Zehnmarkscheine. Das Geld wurde aber bei dem Beamten nicht gefunden. Dagegen wurde festgestellt, daß die Kuperts mit Hilfe eines Tintenstifts geöffnet waren. Aus verschiedenen Untersuchungen der an den Briefen haftenden Teilchen ergab sich, daß der Tintenstift derselbe war, mit dem S. Formulare ausfüllte. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten nach diesen Beweisen für überführt, fortgesetzt Briefe geraubt zu haben und beantragte gegen ihn, der jede Schuld von Anfang an bestritten, aber als einziger während der ganzen Bahnfahrt jedes Mal eine Stunde allein im Bahnpostwagen blieb, zwei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Amtsrichter Bergmann hielt den Indizienbeweis für nicht hundertprozentig erbracht. Die Möglichkeit, daß S. nicht der Täter gewesen war, sei verhältnismäßig gering. Aber das i-Tipfelchen zu seiner Überführung fehle, da bei der Untersuchung des Tintenstifts nicht so vorgegangen worden war, daß eine Vertauschung der Stifte unmöglich war und da immerhin Raum für die Annahme, daß der zweite Beamte, der sich allerdings nie allein in jenem Wagen aufgehalten hatte, als Täter in Frage käme, vorhanden sei. Aus diesen Gründen wurde der Angeklagte mangels Beweises freigesprochen.

## Kraakeeler im Wohlfahrtsamt.

Ueberfallkommando mußte in Neudöln eingreifen.

In den Räumen des Wohlfahrtsamtes im Rathaus Neudöln spielten sich gestern turbulente Szenen ab. Mehrere Wohlfahrtsempfänger ließen sich dazu hinreißen, gegen zwei Beamte tätlich zu werden. Erst durch das Erscheinen des alarmierten Ueberfallkommandos konnte dem Zwischenfall ein Ende gemacht werden.

Im Wohlfahrtsamt erschien gestern der jugendliche Arbeiter Werner K. mit seinem Pfleger Johannes Sch. und verlangte den zuständigen Stadtrat zu sprechen, da ihm eine bewilligte und auch bereits ausgezahlte Unterstützung zu gering war. Als K. von einem Angestellten erklärt wurde, daß der betreffende Dezernent am Freitag keine Sprechstunde habe, verließ er zunächst ruhig das Zimmer, wurde dann aber auf dem Flur gegen einen Amtsgehilfen aus noch nicht geklärten Gründen tätlich. Zwei Frauen, die gleichfalls auf dem Flur weilten, behielten den jungen Menschen weiter auf. Um sich vor den Angriffen des Tobenden zu retten, lief der Amtsgehilfe in das Zimmer des Obermagistratsrates A. Bei dem Versuch, den Streit zu schlichten und Aufklärung zu schaffen, wurde auch K. von dem jungen Burschen und seinem Pfleger, der inzwischen hinzugekommen war, tätlich angegriffen. Als bei dem Tumult noch mehrere Besucher des Wohlfahrtsamtes gegen die beiden Beamten eine drohende Haltung einnahmen, mußte das Ueberfallkommando alarmiert werden. Die Beamten schafften sofort Ruhe und brachten die beiden Kraakeeler zum zuständigen Polizeirevier, von wo sie nach Feststellung ihrer Personalleisten wieder entlassen wurden. Bei dem Handgemenge haben die Wohlfahrtsbeamten glücklicherweise nur unerhebliche Verletzungen erlitten.

## Wieder ein Schüler vermißt.

Beim „Krebsen“ verunglückt?

Seit dem 7. September, dem Montag dieser Woche, wird der 11 Jahre alte Schüler Wilhelm K. vermißt, der bei seiner Mutter in der Alexandrinerstraße 7 wohnt.

Am letzten Sonntag waren nach dem starken Regen am Landwehrkanal viele Krebse aufgetaucht. Der Junge hatte sich ein Fanggerät zurechtgemacht und wollte „krebse“ gehen, zunächst am Urbanhafen und dann auch bei der Abtei in Treptow. Von diesem Gange ist er nicht zurückgekommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Junge ins Wasser gestürzt und verunglückt ist. Wilhelm ist 1,30 Meter groß und mager, er hat schwarzes Haar und trug eine Matrosenbluse, braune Mandelfarben und schwarze Strümpfe und Schuhe. Wer über den Verbleib des Jungen etwas weiß, wird gebeten, sich an die Vermisstenzentrale im Polizeipräsidium zu wenden.

Dieselbe Stelle forscht auch nach dem Aufenthalt einer Hausangestellten, die seit dem 9. September spurlos verschwunden ist. Die 19 Jahre alte Hausangestellte Ilse Viehe war bei einer Familie in der Königin-Luise-Straße in Dahlem angestellt. Als sie an schwerer Halsentzündung erkrankte, wurde sie nach dem Stubenrauch-Krankenhaus gebracht und dort behandelt. Am 9. September verließ sie, da sie genesen war, die Anstalt und hatte ihren Arbeitgebern mitgeteilt, sie werde sofort wieder nach Dahlem kommen. Dort ist sie aber nicht erschienen und hat auch nichts mehr von sich hören lassen. Ilse Viehe ist 1,68 bis 1,70 Meter groß, hat glattes langes hellblondes Haar und trug zuletzt eine beige Filzkappe, dunkelblaue Mantel und weißes Leinenkleid. Wohin sie sich gewandt hat, ist noch nicht ermittelt.

Das Naturtheater Friedrichshagen gastiert mit seinem Märchenpiel „Schneeweißchen und Rosenrot“ am Sonnabend, dem 12. September, nachmittags 5 Uhr, im Tanzring des Volkstheaters Rehberge. Eintrittskarten sind im Jugendamt und an der Kasse zu haben.

Der Chorleiter des Schwarzmeierischen Kinderchors, Bernhard Kauf, kündigt heute seinen 50. Geburtstag.

# 50 Jahre Moabit

Aus der Geschichte des Berliner Untersuchungsgefängnisses

„Moabit“ bedeutet im Volksmund Kriminalgericht; es bedeutet aber auch im gleichen Maße Untersuchungsgefängnis. Kriminalgericht und Untersuchungsgefängnis bilden einen einzigen Gebäudekomplex. Seit fünfzig Jahren werden durch die Verbindungsgänge vom Gefängnis zum Gericht Tag für Tag die Gefangenen zu den Verhandlungen, zu den Untersuchungsrichtern und zu den Staatsanwältinnen geführt; und aus Anlaß dieses Jubiläums hat der Leiter des Untersuchungsgefängnisses, Oberstaatsanwaltsdirektor Dr. Strube, in der Druckerei des Strafgefängnisses eine reich illustrierte Broschüre herstellen lassen, die eine große Anzahl lehrreicher Beiträge aus der Feder der im Untersuchungsgefängnis beschäftigten Ärzte, Pfarrer, Lehrer und Inspektoren usw. enthält. Das Bild, das hier entsteht, ist das eines modernen Untersuchungsgefängnisses. Jeder, der die Anstalt aus eigener Anschauung kennt, weiß, daß das nicht Schönmalerei ist.

Bei der großen Anzahl der Gefangenen — es sind dies etwa 1200 pro Tag und viele Tausende im Laufe des Jahres, die kommen und gehen, bald in wenigen Stunden, bald nach vielen Monaten — erwächst dem Beamtenkörper eine äußerst schwierige Aufgabe, deren Bewältigung eine ebenso große Exaktheit wie Humanität erfordert. Der Untersuchungsgefängnis ist ein Gefängnis besonderer Art. Er ist noch nicht verurteilt, vielleicht sogar unschuldig verdächtig. Ruher den Untersuchungsgefängnissen beherbergt die Anstalt auch eine Anzahl kurzstriffiger Strafgefangener, etwa 100 an der Zahl, die Hausarbeiten verrichten; auch andere Strafgefangene, darunter Zuchthäuser, die besonderer medizinischer Hilfe bedürfen und die zum Tode Verurteilten. Nicht gering ist die Zahl der Jugendlichen: etwa 80 unter 18 Jahre und 120 bis 150 von 18 bis 24 Jahren.

Sie erheischen besondere Betreuung; sofern die Eigenheiten der Untersuchungsgefängnisse dies gestatten, werden sie zu gemeinsamen Unterricht angehalten. Es wird versucht, die jungen Leute bereits im Untersuchungsgefängnis erzieherisch zu beeinflussen, die sie nicht selten nach monatelanger Untersuchungsstunde nach der Verhandlung auf freien Fuß gesetzt werden. Im Frauengefängnis verüben auch die Frauen katholischer Konfession ihre Strafen, und im modern eingerichteten Krankenhaus mit 114 Betten befindet sich eine Geschlechtskrankheitenabteilung, eine Tuberkuloseabteilung, ein allen modernen Anforderungen entsprechendes Operationszimmer gestattet die Durchführung selbst der schwierigsten Operationen. Eine besondere Stellung nimmt die kriminalbiologische Forschungsstelle ein, deren Aufgabe es ist, die konstitutionelle Anlage der Gefangenen zu ergründen, um dem Strafvollzug die Möglichkeit zu geben, die Gefangenen nach ihrer Beurteilung den Sonderanstalten einzugliedern.

Man erfährt auch noch manch Interessantes über die Beamtenbesprechungen, die Beamten- und Betriebsausschüsse und die Gefängnisbeiräte, über die Wirtschaftsabteilung, über die Arbeits- und technischen Betriebe der Anstalt, über die Fürsorgeabteilung, die den plötzlich aus seiner Häuslichkeit gerissenen Gefangenen so manchen guten Dienst leistet, über Bücherlei, Vorträge und Veranstaltungen innerhalb des Untersuchungsgefängnisses, und bekommt zum Schluß auch manchen guten Gedanken mit auf den Weg über die Reform des Vollzugs der Untersuchungsstunde.

Die ersten 31 Seiten des kleinen Wertes sind der Geschichte des Untersuchungsgefängnisses gewidmet. Die ganze Schrift kostet eine Mark, der Ertrag kommt der Fürsorge im Untersuchungsgefängnis zugute.

## Polizei organisiert um

Innerhalb der Berliner Verwaltungspolizei wird zum 1. Oktober eine völlige Neuorganisation, die eine erhebliche Vereinfachung des bisherigen Verwaltungsapparates bedeuten soll, vorbereitet.

Die Hauptgeschäftsstelle, die bisher in der Abteilung III untergebracht war, heißt in Zukunft Präsidialgeschäftsstelle; sie wird nach Schöneberg verlegt und trägt die Bezeichnung Abteilung „W“. Außerdem sind fünf weitere Abteilungen vorgesehen. Die Politische Polizei einschließlich der Pressestelle heißt von jetzt an Abteilung I. Das Fremdenamt wird als selbständiges Dezernat als Abteilung II fungieren. Zum Fremdenamt gehören das Einwohnernormalbeamtenamt und die bisher im Schöneberger Polizeiamt befindliche Einbürgerungsabteilung. In der Abteilung III ist die Wasser- und Feuerpolizei sowie das Kraftverkehrsamt vereinigt. Abteilung IV umfaßt die Gewerbe- und Theaterpolizei und schließlich sind in der Abteilung V die Gesundheit-, Wohlfahrts-, Veterinär-, Polizei- und das Hundamt untergebracht. Die Kriminalpolizei unter der Bezeichnung „K“ und die Schutzpolizei unter dem Signum „S“ bleiben wie bisher in sich unverändert bestehen.

## Betrüger unter Landesschutz?

Auslieferung eines berüchtigten Hochstaplers verweigert.

Vor einigen Monaten erregte die Flucht des vielgenannten Häufersmakers Storz aus der Kaiserallee in Berlin Aufsehen. Unter Hinterlassung hoher Steuerrückstände und nach Begehung verschiedener Betrügereien, war Storz nach Frankreich geflüchtet. Er hat sich auf unrechtmäßigem Wege Hauszinssteuerhypotheken besorgt und sich auf diese Weise unter Verpfändung solcher Tatsachen mehrere hunderttausend Mark erschwindelt. Als die Staatsanwaltschaft auf Grund verschiedener Anzeigen die Ermittlungen aufnahm, verschwand er plötzlich, und es wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen.

## Der ewige Unfallsschwindler.

Ein Betrügergenie, das seinesgleichen sucht.

Herr Lou betreibt den Unfallsschwindler gewissermaßen gewerbmäßig. Er ist bei jedem Strohhalm- und Eisenbahnunfall mit von der Partie, erleidet meist Gehirnerschütterungen mit Bewußtlosigkeit, stellt Schadenersatzansprüche, die durch solche ärztliche Zeugnisse fundiert sind und erhält Schadenersatzgebühren. Mitunter scheidet er den mit ihm geschlossenen Vergleich an, erklärt, er habe sich zur Zeit des Abschlusses in geistiger Verwirrung befunden, daß dem so gewesen, dafür hat er wieder ärztliche Urteile. In Wirklichkeit sind die ärztlichen Zeugnisse gefälscht, die Vergleiche, die sie ausgestellt haben, existieren überhaupt nicht.

Lou verantwortete sich vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte gemeinsam mit seiner Frau. Der Fern-D-Zug Frankfurt-Berlin war im Mai 1929 in der Nähe von Fulda entgleist. Wie sollte aber Lou, der zu jener Zeit das Berliner Wohlfahrtsamt um eine Unterstützung anging, in den Zugzug gekommen sein. „Paffen Sie auf, Herr Direktor“, sagt er, „zwei Berliner Jotens hatten auf ein Frankfurter Pferd Erka einen todsicheren Tip. Die Erka gewann, ich sollte bei einem Frankfurter das gewonnene Geld abholen, auf dem Rückwege von Frankfurt nach Berlin machte ich nachts im Fern-D-Zug von einem schrecklichen Krach auf, die Koffer stürzten auf mich, mein Arm wurde verletzt, mein Gesicht blutete, ich konnte den Tammer nicht ansehen, ging zu Fuß davon und richtete ein Telegramm an die Reichsbahn.“ Und der Prozeß schwebt heute noch, sagt der Vorsitzende. „Ja, und ich werde ihn gewinnen.“ In der ganzen Sache ist natürlich kein Wort wahr.

Mit einer anderen Schwindelsache hat es folgende Bewandnis: Im Dezember 1928 erhielt Lou eine Anstellung als Arbeiter bei einem Berliner Arbeitsamt. Es drohte ihm Wohnungsermission, er hat seinen Abteilungsleiter um einen Vorstoß. Am seine Voge recht jammervoll erscheinen zu lassen, erzählte er u. a., seine Frau stände kurz vor der Entbindung. „Wie lange könne das noch dauern?“ In drei bis vier Tagen ist es geschehen, meinte Lou. Jetzt gab's für ihn kein Zurück mehr. Er ging zum Standesamt, registrierte dort eine neugeborene Tochter Ursula, erhielt vom Abteilungsleiter 60 Mark gesehen, und da er nun einmal eine Tochter hatte, so erhielt er automatisch einen Lohnzuschuß von 5 Pf.

Erst nach einiger Zeit gelang es, den Betrüger in Paris ausfindig zu machen. Storz wurde auf Ersuchen der deutschen Gerichtsbehörden festgenommen und in Untersuchungsstunde gesteckt. Zwar leitete man das Auslieferungsverfahren sofort ein, doch verzögerte sich dieses mehr und mehr, denn aus unbekanntem Grund zeigte Frankreich wenig Reizung, den Schwindler auszuliefern. Dieser Tage nun wurden die deutschen Behörden offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß „Frankreich kein Interesse habe“, Storz nach Deutschland abzuführen. Wie die deutschen Behörden jetzt sogar festgestellt, hat man Storz in Paris auf freien Fuß gesetzt. Die Gründe für dieses immerhin sonderbare Verhalten wurden den deutschen Gerichtsbehörden trotz mehrfachen Ersuchens bisher nicht angegeben.

Auf Grund dieses Bescheides der französischen Gerichtsbehörden mußte das Verfahren gegen Storz vorläufig eingestellt werden.

## v. Lacum im Auto verbrannt.

Eine geheimnisvolle Angelegenheit aufgeklärt.

Es wird nunmehr mit ziemlicher Sicherheit angenommen, daß der Tote im verbrannten Auto von Herrnab nicht das Opfer eines Versicherungsverbrechens, sondern tatsächlich der Besitzer des Wagens, der Binger Großtaufmann Heinz von Lacum ist. Es scheint ein Unglücksfall vorzuliegen. Wahrscheinlich hat v. Lacum während der nächtlichen Autofahrt durch den Wald von Dabel in seiner Almoafine geräucht und das Vorhandensein der im Wagen liegenden vollgefüllten Benzinoorratskanne außer acht gelassen. Im übrigen ist wohl erwiesen, daß sich v. Lacum angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs seiner hochstaplerischen Existenz vor seinen Gläubigern auf der Flucht befand. Die Verbindlichkeiten v. Lacums dürften eine Million Mark übersteigen, wovon nur etwa 7 bis 8 Proz. durch die hinterlassene Masse gesichert sein dürften.

pro Stunde. Die 60 Mark wurden ihm in Raten von seinem Gehalt abgezogen, auf die Rückzahlung des Lohnzuschusses von 24 Mark hatte die Stadt Berlin verzichtet. Lou will den geringen Lohnzuschuß überhaupt nicht gemerkt haben.

Der Angeklagte wurde wegen Betruges im Rückfall zusätzlich seiner früheren Strafe zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Seine Frau wurde freigesprochen.

## Im Wasserflugzeug nach China.

Das Junkers-Flugzeug „Freundschaft“ D 2151, das Freitag vom Templiner See bei Potsdam zu seinem Fluge nach China starten sollte, wird erst heute in aller Frühe seinen Flug antreten. Wie der Leiter des Unternehmens, der 25jährige Flugzeugführer Hans Bertram, den zahlreich erschienenen Zuschauern und Pressevertretern erklärte, wird das Flugzeug, das mit Junkers L-5-Motoren und Junkers-Metall-Luftschrauben sowie allem sonst irgendwie zur Seefahrt und für die Tropen Notwendigen, allerdings ohne Funkgeräte, ausgerüstet ist, zunächst havelabwärts, dann elbeaufwärts bis zur Moldau, weiter zur Donau und diese abwärts zum Schwarzen Meer fliegen. Von Istanbul folgt es der Küste Kleinasiens bis Alexandria, von wo aus die Maschine über Land zum Euphrat und seinem Lauf abwärts folgend zum Persischen Meerbusen fliegt. Weiter folgt der Flug der Küste Afriens und wird nach einem Abstecher bis Socerabaja auf Java nach etwa sechs bis acht Wochen in Hanking seinen Abschluß finden.

Der Flug soll einer besonders scharfen Erprobung der Junkers F. 13 auf Schwimmemen dienen, die dann nach geglätteter Vollendung des Fluges zum eventuellen Einsatz bei der Vermittlung des Verkehrs zwischen den auf den Inseln zwischen Japan und Australien zahlreich verstreut lebenden Chinesen dienen soll. Nach einem kurzen Probeflug, der mit fast ganz beladener Maschine (2600 Kilogramm Fluggewicht) durchgeführt wurde, wurde die Maschine im Wasserflughafen für die Nacht veranfert.

Sein 25jähriges Jubiläum bei der Firma Dornier G. m. b. H. Korn-Geß, Fabrik D. O 17, Rotherstraße, begeht am 12. September ein alter Vorwärtsleiter Genosse Ernst Schütte, O 17, Capriolstraße 2.

# Kartoffeln und Kohlen gegen die Not des Winters.

## Die Aktion ist ohne wesentliche Belastung des Reiches durchzuführen. — Handelt bald!

Es ist der Widersinn des kapitalistischen Systems, daß die Welt im Reichtum erstickt, daß Lebensmittel, Rohstoffe und Industriewaren in nicht zu bewältigender Ueberschuldung vorhanden sind, und daß auf der anderen Seite der stärkste Mangel an diesen Gütern herrscht, die Menschen sich nicht satt essen, nicht kleiden und nicht wärmen können.

Wir haben in Deutschland beschränkte Möglichkeiten, marktmäßig unentwertbare oder zumindest sonst nur mit großen Verlusten verwertbare Vorräte dem dringendsten Bedarf der notleidenden Bevölkerung dienlich zu machen und damit diese vor dem schlimmsten Elend zu bewahren. Wir haben den größten Ueberschuß an Kartoffeln, die man sinnloserweise mit größten Kosten zu Motorspirit verbrennt, und haben riesige Kohlenvorräte, die auf den Halde gestapelt oder zu Spottpreisen ins Ausland verschifft werden.

### Kartoffeln für den Konsum oder Spritbrennerei?

Zwei Millionen Hektoliter Sprit lagern bereits beim Branntweinmonopol, während der gesamte Jahresabsatz nur 1,7 Millionen Hektoliter beträgt. Das Branntweinmonopol bringt dem Staat immer geringeren Ertrag, befindet sich selbst in der argsten finanziellen Klemme, weil ihm infolge der vorerhaltenen Branntweinpolitik unabsehbare Spritmengen zur Abnahme aufgebrängt werden.

Wir haben eine neue große Ernte an Kartoffeln — also soll, so wollen es jedenfalls die Großagrarier, der Unflug der Spritbrennerei trotz riesiger Bestände fortgesetzt werden. Diese Bestände sollen aufgebraucht werden, indem man dem Kraftverkehr den Motorspirit, der in der Herstellung zehnmal soviel kostet als Benzin auf dem Weltmarkt, zum Verbrauch auszwängt, den Beimischungsmenge erhöht (von 3% auf 10 Proz. nach Herrn Schiele's Plänen) und damit der Kraftverkehrswirtschaft neuerlich eine Belastung von 50 Millionen Mark auferlegt!

Die Verlustwirtschaft des Branntweinmonopols, die hohe Verschuldung beim Reich soll per ewigt werden, die Wirtschaft immer stärker belastet werden.

Die Milchwirtschaft und diese sinnlose Verbrennung der Kartoffeln darf nicht länger von der Reichsregierung gebuddelt werden, sie darf vielmehr, wie die Sozialdemokratie es fordert, dieses Jahr überhaupt keine Kartoffeln zu Spiritus brennen lassen und muß zunächst die vorhandenen Bestände des Monopols, die für den Bedarf bis Ende des Jahres 1932 ausreichen dürften, abstoßen lassen. Die sonst zu Motorspirit verbrannten Kartoffelmengen müssen dem Verbrauch zugeführt werden, zur Kartoffelbefeuerung der notleidenden Schichten dienen.

Für diese Uebernahme und Zuteilung der Kartoffeln an die Erwerbslosen bedarf es keiner neuen Reichsmittel. Das Branntweinmonopol kommt nämlich, wenn es von der Neuübernahme von Spirit befreit wird, endlich in die Lage, aus der Abstoßung der Lager seine hohen Schulden an die Reichskasse zurückzahlen und sich von den Zins- und Lagerungskosten für die enormen Vorräte zu entlasten. Das Branntweinmonopol nimmt vom Reich dauernd Kredite in Anspruch, die teilweise 75 Millionen Mark erreichen; diese kann es an das Reich bei Einstellung der Brennerei im kommenden Jahr bequem zurückzahlen. Aus den Rückflüssen kann das Reich den Ankauf der Kartoffeln für die notleidende Bevölkerung bestreiten.

Nimmt man an, daß in diesem Winter 5 Millionen arbeitslose Familien der zutrefflichen Hilfe und Betreuung bedürfen, und unterstellt man einen Winterbedarf von 6 Zentnern Kartoffeln

pro Familie, so hätte das Reich für den Ankauf von insgesamt 1,5 Millionen Tonnen Kartoffeln bei dem jetzigen Marktpreis von 1,20 Mark pro Zentner etwa 36 Millionen Mark aufzubringen, bei einer Versorgung mit 8 Zentnern pro Familie, also einem Gesamtquantum von 2 Millionen, 48 Millionen Mark. Das sind Beträge, die un schwer aus den Darlehnsrückzahlungen des Branntweinmonopols an das Reich zu decken sind. Der Kartoffelüberschuß würde sinnvoll dem Nahrungsbedarf zugeführt werden, die Not würde ohne Reueanspruchnahme von Reichsmitteln gemindert, zugleich das bedrückte Branntweinmonopol saniert werden. Wo ein Wille ist, ist ein Weg.

### Ueberladene Kohlenhalde oder warme Stuben?

„Noch niemals lagen solche Berge an Kohlen und Koks auf den Halde“, so schilderte der jüngst erschienene Jahresbericht des Reichskohlenberichts die Lage in der deutschen Kohlenwirtschaft. Derselbe Bericht weiß zu melden, daß der starke Rückgang des Hausbrandabfahes schon im vergangenen Winter infolge der Arbeitslosigkeit und der durch sie erzeugten Not stark zurückging. „Der Geldmangel infolge der Arbeitslosigkeit zwang die Bestellungen auf das kleinste Ausmaß zu beschränken.“

In dem bevorstehenden Winter steht eine noch ungleich größere Notlage zu befürchten. Die Arbeitslosigkeit hat sich gesteigert, die Unterstützungsfälle sind herabgedrückt worden, alle Reserven sind aufgebraucht, die Gesundheit und Widerstandskraft der notleidenden Arbeitslosenfamilien geschwächt. 11½ Millionen Tonnen Steinkohlen und Koks lagen Ende Juni auf den Halde des Steinkohlenbergbaues, das entspricht der Produktion von 2 Monaten bei dem jetzigen Förderumfang, 3 bis 4 Millionen Tonnen dürften die Haldebestände an Braunkohlen und Briketts betragen. Auf mehr als 200 Millionen Mark läßt sich der Wert der Haldebestände veranschlagen. Diese großen Vorratsmengen verursachen Lagerkosten, freisen Zinsen und erleiden unvermeidlich starke Qualitätsverminderung.

Die Möglichkeiten der Exportsteigerung sind gering, die Kohlenexporte erfolgen ohnehin schon zu Schleuderpreisen unter Verlusten, die durch die Hochhaltung der Inlandspreise im unbestrittenen Gebiet ausgeglichen werden.

Soll man Kohlen weiter mit großen Verlusten stapeln und schließlich mit Verlust ins Ausland verkaufen, dessen Industrie nachher mit billigeren Kohlenkosten arbeitet als unsere heimische, oder soll man nicht lieber mit diesem Kohlenüberschuß Familien vor Frost und Kälte bewahren und zusätzlichen Verbrauch im Inland schaffen? Wie kann über die Wahl noch ein Zweifel bestehen?

Der Kohlenüberschuß muß zu zusätzlichen Kohlenlieferungen für die notleidende Bevölkerung benutzt werden.

Unterstellen wir als Mindestbedarf für den Winter 20 Zentner Kohlen oder Briketts pro Familie und schließen in diese zusätzliche Naturhilfe 5 Millionen Familien ein, so werden vom Reich aus den Haldebeständen rund 5 Millionen Tonnen zu übernehmen und zur Verteilung zu bringen. Für den Ankauf dieser Mengen wären vom Reich die Erlöse im Export zugrunde zu legen, die heute bestenfalls als zusätzlicher Erlös in Frage kämen. Berücksichtigt man, daß der Durchschnittserlös (Inlandspreis und Auslandserlös durcheinander gerechnet) gegenwärtig bei etwa 14 Mark pro Tonne liegt, daß nach dem Ausland aber vielfach unter 10 Mark pro Tonne verkauft werden muß, so wird der Uebernahmebetrag für 5 Millionen Tonnen mit 60 bis 70 Millionen Mark angemessen veranschlagt sein.

Diese Summe wird, soweit sie nicht durch Aufrechnung rückständiger Steuerzahlungen abzugelien geht und soweit nicht die Restbeträge aus der Rückzahlung der Reichskredite an das Branntweinmonopol zur Verfügung stehen, durch stärkere Heranziehung der Aufwandsbesteuerung ohne Schwierigkeiten zu beschaffen sein.

Es ist nicht zu viel verlangt, daß man gewisse Schichten, die so gut wie gar keine Einkommensteuer zahlen, die sich aber eine luxuriöse Lebensführung gestatten können, entsprechend ihrem Aufwand steuerlich heranzieht und diese Einnahmen zur Milderung der Not der Ärmsten benützt.

Wir halten es auch für durchführbar, daß Staat und Kommunen als große Forstbesitzer von sich aus in diesem Jahre kostenlos zur Brennholzversorgung der Bevölkerung beisteuern.

Das Reich kann sich der Verpflichtung, zum Schutze der notleidenden Bevölkerung gegen Hunger und Kälte im kommenden Winter nicht entziehen. Die von uns geforderte Aktion zusätzlicher Naturhilfe muß unverzüglich eingeleitet werden.

### Stillelegungen und Eisenpreise.

Hörder Verein, der schon 8000 Mann beschäftigt hat, soll auch stillgelegt werden.

Die Vereinigte Stahlwerke A.-G. hat Antrag auf Stilllegung der Abteilung Höder Verein in Dortmund-Hörde gestellt. Der Höder Verein ist eine moderne Montanombination von der Eisenhütte bis zum Feinwalzwerk. Es sind jetzt noch 4000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Bei guter Konjunktur betrug die Beschäftigtenziffer 8000 Personen und mehr.

Dieser Stilllegungsantrag ist ein neuer Beweis für die Unmöglichkeit der Situation, die durch das Schließenlassen der Kartelljügel in der Eisenindustrie eingetreten ist. Diese Stilllegung brauchte nicht zu erfolgen, wenn durch die längst überfällige Senkung der inländischen Eisenpreise der Käuferstreik überflüssig und der Verbrauch angeregt worden wäre. Sie wäre nicht nötig, wenn die längst überfällige Herabsetzung des Aktienkapitals der Vereinigten Stahlwerke durchgeführt wäre, die eine Senkung der Abschreibungsätze und durch Umwandlung kurzfristiger in langfristige Schulden eine Senkung auch des Zinsdienstes ermöglichen würde.

Wir fragen die Reichsregierung, wie lange sie dem wirtschaftlichen und finanziellen Saufsturz an der Ruhr noch untätig zusehen und erlauben will, daß unsfähige Wirtschaftsführer mit dem Schicksal der Gesamtwirtschaft Schindluder treiben und die Belegschaften für ihre wirtschaftsschädliche Magnatenherlichkeit mit Stockschlägen auf den Magen häufen lassen.

### Weitere Einschränkungen bei den Vereinigten Stahlwerken.

Die Vereinigte Stahlwerke A.-G., Abteilung Vippstadt, hat von der 520 Mann starken Belegschaft 270 entlassen. Für den verbleibenden Rest der Belegschaft wird an Stelle der Doppelschicht die einfache Schicht eingeführt, die jedoch auch noch durch Einlegung von Feiertagen gekürzt wird.

Am die Sanierung der Darmstädter Volksbank. Bei der zusammengebrochenen Darmstädter Volksbank werden den Genossen, in erster Linie Handwerker und Kleingewerbetreibende, für die Sanierung schwere Opfer zugemutet. Es hat sich bei der Aufstellung des Status der Bank herausgestellt, daß für Abschreibungen und Rückstellungen noch 2,7 Millionen erforderlich sind. Die Notwendigkeit hierzu hat sich aus dem gegenüber Juni stark gesunkenen Kursniveau der Wertpapiere ergeben und ferner aus Zahlungseinstellungen mehrerer größerer Kreditnehmer. Da die Preußentasse neue Kredite nicht mehr zu geben gewillt ist, wird den Genossen die Sanierung aus eigener Kraft vorgeschlagen. Es sollen die Geschäftsguthaben der Genossen zur Abdeckung der Verluste in Höhe von 2 Millionen verwendet, die Gläubiger in 3 bis 4 Jahren zu 75 Proz. befriedigt werden, wogegen die Mitglieder eine Erhöhung der Geschäftsanteile von 500 bis 1000 Mark beschließen müßten. Diese einschneidenden Sanierungsmaßnahmen haben die Empörung über die schuldige Bankleitung in den geschädigten Kreisen der Anteilhaber begreiflicherweise unheimlich gesteigert.

Großer Auslandsauftrag für Düffing-NAG. Der tschechische Großindustrielle Bata nimmt zur Zeit weitere grundlegende Umstellungen in seinem Betrieb vor. So wird jetzt der gesamte umfangreiche Warentransport motorisiert. Zwischen den deutschen, holländischen und französischen Häfen und dem Standort der Schuhfabriken in Jlin wird für die Lieferung der Rohmaterialien und für den Versand fertiger Schuhwaren nach Uebersee Kraftwagenwerke eingerichtet. Nach längeren Probefahrten hat der Bata-Konzern der Düffing-NAG. in Braunshweig nunmehr 20 dreifache Dieselmotor-Lastwagen in Auftrag gegeben.

Wieder rückgängige Eisenerzeugung. Nach „Stahl und Eisen“ wurden im August arbeitsmäßig nur 16 100 Tonnen Roheisen erzeugt gegen 18 361 Tonnen im Juli und 23 841 Tonnen im August vorigen Jahres.

Keine Treibstoffmonopolpläne. Von zuständiger Stelle werden die Behauptungen, die Reichsregierung beschäufte sich mit Plänen, ein Treibstoffmonopol einzuführen, als unzutreffend bezeichnet.

Bombengeschäft für Lingner-Aktionäre. Die zum Obertok-Konzern gehörige Schering-Rohbaum A.-G. in Berlin hat jetzt mit den Lingner-Werken in Dresden einen Vertrag abgeschlossen, wonach das deutsche Geschäft der Lingner-Werke an Rohbaum übergeht. Die Fabrikation von Lingner bezieht sich hauptsächlich auf pharmazeutische und kosmetische Produkte. Für die Aktionäre von Lingner stellt das Abkommen ein Bombengeschäft dar, denn der Kaufpreis, den Schering-Rohbaum zahlt, wirkt sich derart aus, daß die Aktie der Lingner-Werke, die gegenwärtig 66 Proz. notieren, einen Wert von 100 Proz. erhalten.

Die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland. Nach einer neuen Zusammenstellung des Handelsdepartements werden die amerikanischen Kapitalanlagen im Ausland für Ende 1930 auf rund 15 Milliarden Dollar gegen um eine halbe Milliarde im Jahre 1912 beziffert. Mehr als je eine Milliarde sind in Kanada, Deutschland, Rußland und Argentinien angelegt.

# Konsumvereine im 2. Vierteljahr.

## Der Mord an der Kaufkraft schließt die Verbraucher zusammen.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine veröffentlicht die jähliche Uebersicht über den Verlauf des zweiten Vierteljahres 1931, aus der hervorgeht, daß die Behauptung von einem besonders starken Rückschlag in der Umsatzgestaltung der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes Gerade ist und die Konsumgenossenschaften trotz der auch sie bedrückenden Wirtschaftstriebe und Verbrauchernot ihre Ueberlegenheit gegenüber der privatwirtschaftlichen Güterverteilung bewahrt haben. Selbstverständlich, so wird vom Zentralverband bemerkt, habe die systematische Schwächung des Einkommens großer Bevölkerungsschichten Spuren hinterlassen. Man zerschlägt rücksichtslos die Kaufkraft der breiten Massen. Unter dieser sinnlosen Vergewaltigung der deutschen Wirtschaftskraft und des deutschen Volkvermögens hätte die konsumgenossenschaftliche Bewegung nicht weniger als andere Wirtschaftsgruppen zu leiden.

In folgendem geben wir eine Uebersicht über die Entwicklung der Konsumgenossenschaften im zweiten Vierteljahr 1931, der wir die entsprechenden Zahlen für das erste Vierteljahr 1931 und das zweite Vierteljahr 1930 gegenüberstellen:

	2. Vierteljahr 1931	1. Vierteljahr 1931	2. Vierteljahr 1930
Mitgliederzahl	2 930 193	2 989 135	2 905 580
Umsatz in Millionen Mark	262	257	291
Durchschnittl. Umsatz pro Mitglied	89,28	85,94	100,20
Spareinlagen in Millionen Mark	405,43	409,55	400,99
Umsatz der Großhandelsgesellschaft (GEG) in Millionen Mark	101,50	104,87	113,42
Umsatz der GEG-Herstellungsbetriebe in Millionen Mark	33,84	32,81	31,96

Die Senkung der Mitgliederzahl erklärt sich dadurch, daß die meisten Konsumgenossenschaften ihre sogenannten Papier-soldaten alljährlich am Schluß des zweiten Vierteljahres ausscheiden. Trotz dieser Säuberung der Mitgliederlisten ergibt sich eine Steigerung der Mitgliederzahl von rund 2 783 000 Ende des zweiten Vierteljahres 1928 und 2 930 000 am Schluß des zweiten Vierteljahres 1931. Die Zahlen beweisen ohne Zweifel, daß die Not der Zeit die vermögenslosen Verbraucher noch mehr zusammenschließt.

Im ersten Halbjahr 1931 ging gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres der Umsatz um 59 Millionen Mark zurück. Das sind 10,2 Proz. Nach einer kürzlich veröffentlichten Uebersicht hat der Einzelhandelsumsatz im gleichen Zeitraum 12,4 Proz. verloren. Der konsumgenossenschaftliche Umsatzverlust bewegt sich also in den Grenzen der gegenüber dem Vorjahr eingetretenen Preisentwertung.

### Ein mengenmäßiger Umsatzrückgang ist nicht eingetreten.

Auch bei Betrachtung des Durchschnittsumsatzes je Mitglied wird man zu dem Schluß kommen müssen, daß der Umsatz der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes geringere Einbußen erlitten hat als der Umsatz des Einzelhandels.

Das Verhältnis des GEG-Umsatzes zum konsumgenossenschaftlichen Umsatz wird für das zweite Vierteljahr 1931 mit 38,91 Proz. angegeben gegenüber 40,83 Proz. im ersten Vierteljahr 1931 und 38,96 Proz. im zweiten Vierteljahr 1930. Der Anteil des Umsatzes der GEG-Herstellungsbetriebe am gesamten konsumgenossenschaftlichen Umsatz steigerte sich jedoch von 10,98 Proz. im zweiten Vierteljahr 1930 auf 12,77 Proz. im ersten Vierteljahr 1931 und 12,94 Proz. im zweiten Vierteljahr 1931.

Der Einlagenbestand bei den Sparkassen hat sich angesichts der fürchterlichen Finanzkrisis, die ja zum Teil schon erfaßt wird, überraschend gut gehalten. Das zeigt, mer das Vertrauen der breiten Sparerassen besitzt.

Die Lieferanten-schulden haben sich von 54,48 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1931 auf 44,65 Millionen Mark verringert. Das erklärt sich dadurch, daß in den umsatzschwachen Monaten des zweiten Vierteljahres die Lagerhaltung zurückgeht. Immerhin liegen die Lieferanten-schulden um 1 Million Mark höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den Anteilguthaben der Mitglieder ist eine Steigerung um rund 300 000 M. eingetreten und zwar vermehren sich die Geschäftsguthaben einschließlich Aufwertung von 67 Millionen Mark im ersten Vierteljahr 1931 auf 67,29 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr 1931. Die Rücklagen aller Art verminderten sich dagegen von 65,40 Millionen Mark auf 64,78 Millionen Mark.



# Zugang und Abgang.

## Ein Blick in die Statistik der Bevölkerungsbewegung.

Jährlich, wenn in Berlin eine Zählung der Einwohner vorgenommen wird, ergibt sich, daß sich ein nicht unerheblicher Teil der neuen Einwohner aus Ausländern zusammensetzt. Ausländer sind es, die zum Teil schon seit langen Jahren ihren Wohnsitz in Berlin haben und die eingebürgert wurden, wenn den Bestimmungen des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes Rechnung getragen wurde. Nach den neuesten Ermittlungen wurden im Laufe des vergangenen Jahres insgesamt 4085 Personen eingebürgert und zwar 2289 Antragsteller mit 1796 Angehörigen. Gegenüber dem Jahre 1929, in dem im ganzen 3065 Einbürgerungsgesuche bewilligt wurden (1651 Antragsteller mit 1434 mit eingebürgerten Personen) erfuhr damit die Zahl der Einbürgerungen im vorigen Jahr eine nicht geringe Erhöhung um 1000 Personen oder um 32,4 Prozent.

Was die Staatsangehörigkeit der eingebürgerten Ausländer anbetrifft, so stammt der größte Teil aus den östlichen Staaten Europas: Die Polen sind mit 1073 (617 Antragsteller und 456 mit eingeborenen Angehörigen) am stärksten vertreten. An zweiter Stelle steht die Tschechoslowakei mit zusammen 832 Personen. Erst in weitem Abstande folgen die Oesterreicher mit 285, denen sich 202 Vertreter der Balkanstaaten anschließen. Aus der Sowjetunion stammten 177 Personen, während aus den östlichen Randstaaten weitere 168 anschließen. Dagegen sind die Einbürgerungsanträge von Angehörigen der westeuropäischen Staaten im Verhältnis zu den osteuropäischen ziemlich gering. Die französische Staatsangehörigkeit bejahen nur 154, die englische sogar nur 14 Antragsteller. Sehr wenige — nur 54 Personen — entfallen auf die nördlichen Staaten: Dänemark, Schweden und

Norwegen. Sehr groß ist dagegen die Zahl der eingebürgerten sogenannten „Staatenlosen“ mit insgesamt 725 Personen.

Betrochen wir den Familienstand der Antragsteller, so fällt der allergrößte Teil auf die Ledigen. 2289 ledigen Antragsteller stehen nur 856 verheiratete gegenüber, während der übrige Teil verwitwet oder geschieden war. Mehr als die Hälfte aller Antragsteller, nämlich 1205 oder 52,6 Prozent waren im Ausland geboren; ein sehr großer Teil von ihnen wohnte zu der Zeit, als der Einbürgerungsantrag gestellt wurde, mehr als zehn Jahre in Berlin.

Diesem Zugang steht allerdings ein großer Abgang gegenüber. So werden täglich etwa 15 Personen als vermisst gemeldet, von denen sich aber ein großer Teil nach kurzer Zeit wieder einfindet. Zumeist handelt es sich um Jugendliche, die aus irgendwelchen Gründen das Elternhaus verlassen, um sich bald wieder zu melden. Trotzdem bleibt ein großer Teil der als vermisst gemeldeten Personen verschollen. Ein Fall, der erst in den letzten Tagen vorgekommen ist, beleuchtet die Schwierigkeiten der Vermisstenzentrale auf das deutlichste: In Spandau bereitet die Identifizierung des Opfers des Mädchenmordes erhebliche Schwierigkeiten. Die Zahl der Unaufgefundenen ist keineswegs so gering, wie es im allgemeinen angenommen wird. Der Anteil der Jugendlichen beträgt 234 Kinder unter 14 Jahren und 2300 im Alter von 14 bis 21 Jahren. Ihr Verbleiben ist in Dunkel gehüllt. Erwachsene verschwanden im letzten Jahre 2489, darunter 1006 Frauen. Ueber jeden von ihnen liegen genaue Angaben und Ermittlungen bei den polizeilichen Ämtern, die wesentlich dazu beitragen, das Dunkel um die Verschundenen zu lichten, sobald sich, auch nach Jahren, Anhaltspunkte zur Durchführung der polizeilichen Nachforschung ergeben.

Hörfling sprach den Teilnehmern Dank und Anerkennung aus und machte davon Mitteilung, daß der nächste Bundesjugendtag des Reichsbanners 1932 im Rahmen des Goethe-Jahres in Weimar abgehalten wird.

Vier Millionen nach der Friedmann-Methode behandelt. Wie uns zu unserer Ratz im „Abend“ über den „Kampf um Heilmittel“ noch ergänzend mitgeteilt wird, sind nicht nur hunderte oder tausende, sondern bisher vier Millionen Menschen mit dem J.M.-Serum von Professor Dr. Friedmann gegen Tuberkulose erfolgreich behandelt bzw. geheilt worden.

Freierstunde der Büchergilde. Die Büchergilde Gutenberg veranstaltet am Sonnabend, dem 12. September, 10½ Uhr, im Restaurant „Schützenhaus“, Reinickendorf-Ost, Residenzstraße 1, eine künstlerische Feierstunde. Mitwirkende sind Rio Kube, Lucy Heim und Norbert Voerer. Alle Freunde der Büchergilde sind eingeladen. Eintrittskarten sind zu dem ermäßigten Preise von 50 Pf., für Erwerblose 20 Pf., an der Abendkasse zu haben.

Erntefest in Klein-Kiedersdorf. Am Sonntag, 13. September, um 15 Uhr, begeht die Laubentkolonie Klein-Kiedersdorf, Reufköp, Sonnenallee, ihr diesjähriges Erntefest. Der Vorstand bittet um regen Besuch.

25jähriges Dienstjubiläum. Heute kann Herr Georg Ruhn, Berlin, Eisenbahnstr. 38a, auf eine 25jährige Tätigkeit als Chauffeur bei der Firma Beel u. Cloppenburg, Berlin, zurückblicken.

Eine unentgeltliche Vortragsreihe veranstaltet am Sonntag, 13. September, die Ortsgruppe Berlin der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaft und Kulturen der Völk. Treffpunkt: 13 Uhr am Bahnhof in Wannsee, Führung: Studienrat Fennig. Um 16 Uhr Vortragsveranstaltung im Restaurant „Zur Schenke“, an der Raasdorfer Schenke. Gäste willkommen.

### Allgemeine Wetterlage.



Im nördlichen Deutschland war es heute im wesentlichen trocken. In Süddeutschland und in Schlesien fiel jedoch Regen. Breslau meldete am Freitagabend bereits 15 Millimeter. Die Niederschläge sind durch warme Luft verursacht worden, die sich über dem Mittelmeer und dem Balkan befindet, und langsam nach Norden und Osten zu an Raum gewinnt. An der Front der warmen Luft haben sich Niederschläge entwickelt. Sie werden sich vor allem nach Mitteldeutschland und Polen ausbreiten, aber auch in unserem Gebiet nicht ohne Einfluß auf das Wetter bleiben.

Wetterausblick für Berlin. Meist bewölkt, aufkommende Regenneigung, kühl. — Für Deutschland. Besonders im Süden und Osten Niederschläge, an den Küsten meist veränderlich, nur im Nordosten noch vorwiegend trocken und ziemlich heiter.

Die 21. Winterkassen eröffnet der Clou, Rauerstr. 83, des Lokal der eigenlichen Berliner unter dem Motto: Etwas Vergnügen muß sein! In jedem Nachmittags findet das beliebte Kaffeelager statt, bei dem zur Unterhaltung noch neuerdings kurze Filme und die Waghenschau geboten werden. Die moderne Filmapparatur (Wachau-Apparat) ist nach Angaben der Bau- und Theaterpolizei eingebaut worden. Abends werden sich wieder die Tangoküßler zu frohen Stunden im Clou versammeln, denn Kapelle Weinhardt und das Jazz-Orchester spielen munter auf. Die Gäste werden auf den neu ausgestatteten Terrassen durch rheinische Mädchen bedient. Zur Abkühlung der Tanzparks werden zwanglos Vorführungen und Filmausschnitte gezeigt. Der schon früher beliebte Sängerkabarett wird einen besonderen Reiz bilden, denn es gibt Besondere, die durch herabwickelnde Kost vermittelte werden. Es wird also gefordert, daß jeder, ob er tanzen, beobachten oder gucken will, zu seinem Recht kommt. Dabei werden die Preise noch verhältnismäßig gehalten sein, damit auch ein jeder sich einige frohe Stunden bereiten kann.

## Billige Zoo-Woche.

Vom 14. bis zum 19. September. — Neue seltene Tiere.

Auch der Berliner Zoo bekommt die Wirtschaftskrise zu spüren. Obwohl noch immer einer der stärksten Anziehungspunkte der Reichshauptstadt und allen Schwierigkeiten zum Trotz gerade jetzt in jeder Beziehung auf der Höhe, ist die Besucherzahl als Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftskrise zurückgegangen. Um möglichst vielen Berlinern noch in den schönen Herbsttagen die Möglichkeit eines Besuchs zu geben, hat die Direktion für die Tage vom 14. bis zum 19. September eine „Billige Zoo-Woche“ vorgesehen, in der das Eintrittsgeld durchweg nur 1 M., von 16 Uhr an nur 50 Pf. — Kinder die Hälfte — beträgt. Für das Aquarium gelten in der billigen Woche gleichfalls ermäßigte Eintrittspreise, und zwar bis 16 Uhr für Erwachsene 75 Pf., für Kinder 50 Pf., nach 16 Uhr für Erwachsene 50 Pf., für Kinder 25 Pf. — Wenn der Wettergott seinen Streich durch die Rechnung macht, dürfte die Leitung des Zoo mit der Einrichtung der billigen Woche richtig getippt haben. Zahlreiche Tierfreunde werden die Gelegenheit, billig den Zoo studieren zu können, mit Freude wahrnehmen.

Uebrigens hat der Zoo sein anerkannt vorzügliches und sehr reichhaltiges Tiermaterial — der Berliner Zoo gilt als einer der besten Tiergärten der Welt — durch zwei große Transporte aus Südamerika und aus dem Balkan wertvoll ergänzen können. Es sind meistens eigenartige und seltene Vogelarten, die neu zu uns gekommen sind. Einige dieser Vögel, so die Andengans mit ihrer merkwürdigen Gänseform und die Meerpelikane, die zum ersten Male in Europa zu sehen sind, waren bisher in keinem zoologischen Garten vertreten. Dem Balkantransport verdanken wir Vertreter der größten Adlergruppe Europas, die Kaiser- und Secadler. Herrliche Tiere mit riesigen Flügeln und noch im Jugendkleid, da sie erst in diesem Jahre geboren wurden. Als große europäische Seltenheit bewundern wir die Zwergformorane (Zwergschabe) und die Bieneffreyer, die sich nur von fliegenden Insekten ernähren. Aus Südamerika, aus dem Urwald Brasiliens, hat man eine neue interessante Wildhundform, den Waldhund und die Hasenmaus nach Berlin gebracht.

Sehr viel Freude wird den Besuchern auch die Babykubbe des Zoo bereiten. Es wimmelt da von entzückenden kleinen Löwen, Tiger- und Leopardkubben alle ängstlich und gewichtig von ihren starken Müttern bewacht. Und voll Stolz blickt auch eine tüchtige Zebrahamma auf ihr Kleines, das vorgestern das Licht der Welt erblickte. Allerdings kennt es bisher nur die künstliche Sonne der Menschen, ins Freie darf es unter Mutters Führung erst in einigen Tagen.

Der Republikanische Studentenbund, Gruppe Beuth-Schule, hatte zu einer Rundgebung im Map eingeladen. Der Nationalsozialistische Studentenbund war öffentlich zur Diskussion aufgefordert worden, zog es aber vor, nachdem er schon einmal eine Diskussion verhindert hatte, nicht zu erscheinen. Für den Republikanischen Studentenbund sprach Kamerad Regierungsrat Dr. Mühle über den geistigen Zusammenbruch des Nationalsozialis-

mus. Mit scharfen Worten geißelte Kamerad Mühle die verheerenden Wirkungen der nationalsozialistischen Politik. Die packenden und mühsamen Worte wurden von der gut besuchten Versammlung mit Begeisterung aufgenommen. Das Deutschlandlied beschloß diese für die Gruppe erfolgreiche Rundgebung.

## Die Ursache der „Philibert“-Katastrophe

Verbrecherische Profitgier der Schiffahrtsgesellschaft.

Paris, 11. September. (Eigenbericht.)

Der „Soir“ teilt einige Stellen aus einem Briefe mit, den ein Teilnehmer der Unglücksfahrt des „St. Philibert“ an den Generalstaatsanwalt in Nantes gerichtet hat und der ein vollkommen neues Licht auf die Katastrophe wirft. Danach hat der Kapitän des Dampfers in Gegenwart von drei Stenotypistinnen vor der Abfahrt von der Insel Noirmoutier erklärt, er habe während eines Telefongesprächs mit seiner Reederei trotz seiner Warnung den Auftrag erhalten, die Rückfahrt anzutreten. Da er gewußt habe, daß er eine Todesfahrt unternähme, habe er seinen an Bord befindlichen Passagieren auf der Insel zurückgelassen. Nach diesen Erklärungen würde die Schiffahrtsgesellschaft allein die Schuld an dem furchtbaren Unglück treffen. Der „Soir“ verlangt, daß die drei Stenotypistinnen von dem Untersuchungsrichter vernommen werden.

## Aus dem Schlachtfeld ausgegraben.

Bei Bauarbeiten in der sogenannten „Roten Zone“ bei Souchez in der Nähe von Arras stießen die Bauarbeiter auf die Leichen von drei deutschen Soldaten, die nicht identifiziert werden konnten. Auch die Leiche eines französischen Soldaten wurde freigelegt.

## Das Herbstfest des Reichsbanners.

Für die Herbstveranstaltung des Berliner Reichsbanners, die am morgigen Sonntag, nachmittags 15 Uhr, im Stadion an der Kreuzung stattfinden, haben folgende Behörden usw. Ehrenpreise gestiftet: Ministerium für Wissenschaft und Volksbildung, Ministerium für Volkswirtschaft, Deutscher Reichs-Auto-Club, Stadt Berlin, Parteivorstand der SPD. — Das Stadion an der Kreuzung ist nicht zu verwechseln mit dem Deutschen Stadion im Grunewald. Es ist mit folgenden Fahrverbindungen zu erreichen: Stadt- und Ringbahn bis Bahnhof Ausstellung, U-Bahn bis Bahnhof Kaiserdamm.

In der Hochschule für Leibesübungen wird am heutigen Sonnabend ein Lehrcursus beendet, an dem 50 Jugendführer des Reichsbanners aus allen Teilen des Reiches teilnahmen. Das Programm des Kursus sah vornehmlich eine sportlich-technische Ausbildung der Kursteilnehmer vor und wurde durch theoretischen Unterricht in Gesehstunde usw. ergänzt. Bei der Befichtigung durch den Bundesführer, Oberpräsident z. D. Hörfling, der unter anderem auch Ministerialdirektor Dr. Brecht beauftragt, wurden sowohl in praktischer als auch in theoretischer Beziehung außerordentlich gute Leistungen gezeigt. Oberpräsident

# Der vorbildliche WAGEN.



VON 2350 RM AN

werden 1,2 Liter Vierzylinder ab Werk Rüsselsheim geliefert. Die günstigsten Bedingungen der Allgemeinen Finanzierungsgesellschaft erleichtern Ihnen die Anschaffung.

Nun ist der Wunsch vieler Tausende, — hier und in der ganzen Welt, — erfüllt. Der 1,2 Liter Vierzylinder Opel ist da! Er bringt die ideale Verbindung der wirtschaftlichen Vorteile kleiner Wagen mit den betonten Vorzügen großer Automobile, er bringt nichts weniger als die Lösung der Kleinwagenfrage. Moderne doch erprobte Konstruktionsprinzipien, vorbildliche Fabrikationsmethoden und das Wissen um die Erfordernisse des Marktes haben es der größten Automobilfabrik Deutschlands ermöglicht, diesen vorbild-

lichen Wagen zu bauen. Hier wurde das Gesetz idealer Proportion, — der „Goldene Schnitt“, — zum Prinzip für den Automobilbau. Setzen Sie sich ans Steuer, der erste Augenblick wird zum Erlebnis, und nach wenigen Kilometern werden Sie anerkennen: hier ist der Wagen, der kommen mußte!

**OPEL 1,2 LTR**  
VON OPEL GEBAUT — VON OPEL ERPROBT





# Emil Lederer.

Zur Berufung an die Berliner Universität.

Der preussische Kultusminister, Genosse Grimme, hat gegen den Widerstand der nationalökonomischen Gruppe der Berliner philosophischen Fakultät Emil Lederer nach Berlin berufen. Mit diesem Ruf bekommt die etwas vergreiste Berliner Universität zum ersten Male seit vielen Jahren einen Sozialwissenschaftler, der eine ausgezeichnete Kenntnis der modernen ökonomischen Theorie mit lebendigster Anteilnahme am sozialen und politischen Geschehen verbindet.

Emil Lederer, der bald Fünzigjährige, ist seit 1912 Privatdozent, seit 1920 Professor in Heidelberg. Feines theoretisches Denken und eine glänzende Beredsamkeit haben ihn nach dem Kriege an die Spitze der Heidelberger Nationalökonomien gestellt. Dort war er der Lehrer einer ganzen Generation junger sozialistischer Volkswirtschaftler, die heute für die Gewerkschaften, die Partei und unsere Reichslogstraktion arbeiten. Ein besonderer Vorzug seiner wissenschaftlichen Arbeit war es, daß er stets die brennenden praktischen Probleme der Volkswirtschaft in das Licht theoretischer Untersuchung stellte. So hat er — um nur über die jüngste Zeit zu berichten — 1928 eindringlich die Gefahren der Monopolisierung dargelegt und vor einigen Monaten die erste ausführliche Analyse des Zusammenhanges zwischen technischem Fortschritt und Arbeitslosigkeit herausgegeben.

In der sozialistischen Bewegung ist Lederer als Mitglied der Sozialisierungskommission, und vor einigen Tagen erst als Referent auf dem Frankfurter Gewerkschaftskongress hervorgetreten. Besondere Aufmerksamkeit hat er stets der freigewerkschaftlichen Angelegenheitenbewegung entgegengebracht, über die er schon vor dem Kriege ein Buch verfaßte, und der er durch sein Referat auf dem NfK-Kongress 1928 in Hamburg für den praktischen Kampf das theoretische Rüstzeug gab. Sein verbreitetstes Werk ist der ausgezeichnete „Aufriß der ökonomischen Theorie“, der vor kurzem die dritte Auflage erzielte.

## Landbunddemagogen.

Und eine Antwort aus eigenen Kreisen.

Liegnitz, 11. September. (Eigenbericht.)

Am Freitagmorgen fand in Liegnitz eine große Landwirtschaftsversammlung statt, in der der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth-Berlin, eine große Programmrede hielt. Er stellte als Forderungen des Reichslandbundes auf: 1. Drohung der Auslandsimporte agrarischer Produkte; 2. Erhöhung der Preise für agrarische Inlandsprodukte; 3. Senkung aller Zinslasten für die Landwirtschaft und 4. Steuern- und Gebührensenkung.

Die sture Demagogie des Reichslandbundes stößt mittlerweile aber auch in eigenen Kreisen auf scharfen Widerspruch. So fordert der Abgeordnete Schlange-Schönningen, Gutsbesitzer in Kommern, in der „Berliner Börsenzeitung“ vom 5. September völlige Abkehr von einer Agrarpolitik, die alles Heil von Zollmauern und hohen Inlandspreisen erwartet. Der Artikel stellt vom ersten bis zum letzten Satz eine einzige Kampfanzeige gegen die vom Reichslandbund und der „Grünen Front“ betriebene Agrarpolitik dar. Er schließt mit folgenden Feststellungen:

„Die Agrarpolitik Deutschlands steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Der Durchbruch zur Rettung in Richtung der Preiserhöhung unserer Produkte über Friedenspreis kann nur noch höchst zweifelhafte Augenblicke erfolgreich bringen; im ganzen ist er an der geschwächten Kaufkraft der Konsumenten gescheitert. Diese Tatsache erfordert ein entschlossenes Herumwerfen des Steuers in Richtung der beschleunigten Entlastung großen Stils. Das ist die Aufgabe einer phrasenlosen agrarischen Führung, die auf den Beifall der Massen um der Sache willen zunächst zu verzichten mag.“

Schlange-Schönningen, der die Agrarpolitik auf eine Senkung der Bestehungslosten abgestellt haben will, sagt zu diesem Punkt seinen Berufsgenossen noch andere bittere Wahrheiten. Mit deutlichem Bink an den Landbundpräsidenten, Graf Kalkreuth, fordert er für die Organisationen wieder wirkliche Ehrenämter — nicht solche, die mit 17 000 Mark bezahlt werden —, um die verarmten Mitglieder von Beiträgen zu entlasten. Auf das schärfste geißelt er die Tatsache, daß sich die Landwirtschaft „einen Beamtenstaat im Staate“ zugelegt habe, obwohl sie ständig gegen den Beamtenapparat des Staates Sturm laufe. Die Direktorenwirtschaft und ihr Aufwand stehe im traffen Gegensatz zu den Verlusten der Landwirtschaft, die gegen den Steuerdruck des Staates protestiere. „Ich selbst aber zu Tode steuert.“

Die Kritik von Schlange-Schönningen trifft ins Schwarze. Die Landwirtschaft ruft nach Zinsenkung, aber der Reichskanzler Brüning selbst mußte auf seiner Ostmarkreise die Vertreter der agrarischen Genossenschaften dringend ersuchen, eine gesündere Zinspolitik ihren Mitgliedern gegenüber zu treiben. Warum sind die Zinsspannen bei den Genossenschaften so enorm? Weil ein aufgeblähter Beamtenapparat und die Pfründenwirtschaft die Personalkosten ins Uferlose getrieben haben.

Die Landwirtschaft scheidet sich selbst zu Tode zugunsten einer Führerecke, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung es sich in den Palästen der Organisationen wohl sein läßt. Bricht aber bei den Mitgliedern der Unmut über die untragbaren Zuschüsse durch, so wird die Empörung auf die „agrarfeindliche“ Regierungspolitik und die „marxistische Mißwirtschaft“ abgelenkt. Die Parasiten aber schmarotzen weiter.

## Länderkonferenz über Agrarpolitik.

Auch Schiele für zusätzliche Naturalleistungen im Winter.

Am Freitag fand in Anwesenheit des Reichskanzlers eine Konferenz der Landwirtschaftsminister der Länder statt, in der Schiele über die agrarpolitische Entwicklung der letzten Jahre und über die Grundzüge einer künftigen Agrarpolitik sprach.

Mit der Zollpolitik allein, so führte Schiele aus, sei der Agrarkrise nicht beizukommen. Zinsbelastungen wie heute von 9 bis 15 Proz. und darüber müßten in erster Linie durch Verringerung der Zinsspannen bei den Personalkrediten herabgesetzt werden. Neben der Ordnung der Absatzverhältnisse im eigenen Lande, wie sie durch das Notprogramm von 1928 eingeleitet und den Ersatz ausländischer Futtermittel durch inländische fortgeführt wurde, seien staatliche Maßnahmen nur begrenzt möglich. Eine besondere Aufgabe der Länder sei die energische Durchführung des § 38 des Milchgesetzes, der zur strengen Zusammenfassung der Milchwirtschaft und für die rationelle Organisation der Absatz- und Vermarktungsverhältnisse die Handhabe biete. Schiele erklärte, daß die Zinsverbilligung bei der Absatzfinanzierung auch auf den Verkauf von Weizen, Roggen, Wein, Obst, Tabak, Hopfen und Hülsenfrüchten ausgedehnt werden solle, so daß also eine

# Der Bürger in der Politik.



Humsti-bumsti in Braunschweig.

## Zehn Jahre Burgenland.

Ein Gedenktag für Deutsch-Oesterreich.

Am 12. September 1921 konnte, nach blutiger Abwehr ungarischer Banden, die Republik Deutsch-Oesterreich das Burgenland in Verwaltung nehmen, jenen deutschen Landstrichen mit magyarischer und kroatischer Minderheit, den der Trianon-Frieden von Ungarn abgetrennt und Deutsch-Oesterreich zugesprochen hat. Der Einzug der deutschösterreichischen Truppen wurde jubelnd begrüßt; er bedeutete das Ende einer Terroristenherrschaft, die schwer auf dem Lande gelastet hatte. Vor allem aber jubelten die Burgenländer, weil sie sich nun mit ihrem Volk, mit dem großen, wenn auch schwer leidenden Deutschland vereinigt sahen. Die ungarische Herrschaft war in den letzten Jahrzehnten radikal zur Majorisierung der Deutschen, Slowen und Rumänen übergegangen. Untrennbar ist diese Zeit gewalttätiger Entnationalisierung verbunden mit dem Namen des damaligen Unterrichtsministers Graf Albert Apponyi — desselben Apponyi, der als Wortführer des so sehr verkleinerten Ungarns nicht müde wird, die Nachfolgestaaten anzulügen, daß sie sich unredlich an ungarischem Gut bereichert hätten und die magyarischen Minderheiten auf das schwerste bedrückten.

In diesen zehn Jahren hatte Deutsch-Oesterreich, selbst ein Staat, der dauernd ohne fremde Hilfe nicht leben kann, schwer zu tun, um die systematische Vernachlässigung dieses Grenzgebietes durch die Budapest-Herrschaft auszugleichen. Dabei hat das rote Wien durch eine größere Anleihe seiner städtischen Sparkasse wirksame Hilfe geleistet. Für die Minderheitsvölker ist auf kulturellem Gebiet einwandfrei gesorgt; selbst die Zigeunerndörfer im Süden des Landes erfreuen sich der staatlichen Fürsorge.

Auf Grund einer schwindelhaften Volksabstimmung, deren Ergebnis durch Drohungen überlistet Art stark beeinflusst wurde, ist die alte Hauptstadt des Burgenlandes, Oedenburg, mit ihrer Umgebung bei Ungarn geblieben. Das Burgenland ist dadurch in zwei Teile zerschnitten — Oedenburg aber zum unaufhaltsamen Verfall gebracht worden. In dem größtenteils bäuerlichen, an Industrie noch recht armen Burgenland ist trotzdem die Sozialdemokratie die zweitstärkste Partei und stellt in Ludwig Lefler, dem stellvertretenden Landeshauptmann, den bewährten Leiter der Landesverwaltung. Die Universität Heidelberg hat leihlin Lefler die Ehrendoktorwürde verliehen. Gleichfalls ein Sozialdemokrat, der Bauarbeitersekretär und Landtagsabgeordnete Hans Eward, hat die Geschichte und den Kampf des Burgenlandes dichterisch gestaltet in seinem neuen Buch „Unruhig Blut“.

Nur eine Stimme herrscht im ganzen Burgenland über die Frage seiner staatlichen Zukunft: man fühlt sich als eine Grenzprovinz Deutschlands. Die ständige Bedrohung des Landes durch die ungarische Rückforderungspropaganda hat dieses Gefühl noch gestärkt. Sollte in Ungarn wirklich die Habsburger Monarchie ihre Auferstehung feiern, so würde dies gerade im Burgenland als eine äußerst schwere Gefahr für den Zusammenhang mit Deutsch-Oesterreich und Deutschland empfunden werden.

Am Tage, da das Burgenland die ersten zehn Jahre dieser Gemeinsamkeit feiert, soll auch im Deutschen Reich dieses schönen Grenzlandes gedacht werden.

erhebliche und sehr bedenkliche Ausdehnung der Zins-subventionen zu erwarten ist.

Schiele warnte vor einer erneuten Ausdehnung der Roggenanbaufläche. Die Winterproduktion müsse weiter eingeschränkt werden, nachdem sie noch immer um fast 10 Proz. über dem deutschen Bedarf liege. Da die Landwirtschaft kein Interesse an absolut hohen Preisen habe, sondern nur an einer vernünftigen Relation der Preise, müsse die Politik des Staates auf ein Schließen der Preisere gerichtet sein. Schiele trat zum Schluß für besondere Maßnahmen zur Sicherstellung der Ernährung der Arbeitslosen im kommenden Winter ein. Mit der Bemerkung, es komme darauf an, trotz der Herabsetzung der Rücksäge für die Unterstützung durch Gewährung billigerer Naturalleistungen, hat sich Schiele auch für die zusätzliche Naturalleistung ausgesprochen.

## Gandhi in Marseille.

Für Autonomie, nicht für Losreißung.

Paris, 11. September. (Eigenbericht.)

Der Führer der indischen Freiheitsbewegung Gandhi ist am Freitagmorgen auf dem Wege zur Londoner Indientagung an Bord eines Dampfers in Marseille eingetroffen und hat nachmittags seine Reise mit der Bahn fortgesetzt. Am Sonnabendmorgen wird er in Paris erwartet, wo Gandhi sich nur kurze Zeit aufhalten wird.

Die Ankunft Gandhis in Marseille hatte ein ganzes Heer von Journalisten und Photographen an den Hafen gelockt, die nach dem Anlegen des Dampfers an Bord stiegen und Gandhi umringten. Gandhi ließ sich bereitwillig photographieren und erklärte auf einige Fragen, daß sein Programm das des Kongresses von Delhi im Jahre 1922 sei und daß er dem König von England einen Besuch abstatten werde, wenn dieser ihn darum bitte. Auch den Präsidenten Doumer werde er während seines Aufenthalts besuchen.

Die Privatsekretärin Gandhis gab dann eine ausführliche Erklärung über die Absichten Gandhis in England ab: „Wenn die

Londoner Konferenz scheitert, wird Gandhi nicht länger in England bleiben. Er will jedoch zum englischen Volk, vor allem zu den Arbeitslosen sprechen, die am meisten unter der Entwicklung der Industrie in Indien zu leiden hätten. Er will ihnen die Lage von Millionen von Indern auseinandersetzen und in Zusammenarbeit mit den englischen Arbeitern ein Aktionsprogramm festlegen, das den Interessen der beiden Länder entspricht. Auf der Konferenz wird Gandhi

die Autonomie Indiens, aber nicht die Trennung von England verteidigen. Er wird den Engländern sagen, daß die lokale Industrie ermutigt werden müsse, denn sie sei die Grundlage des Reichtums und des Wohlergehens für die indische Bevölkerung. Gandhi wird ferner das Verschwinden der Kastenunterschiede verlangen, die manchmal grausam und immer ungerecht sind.“

Vormittags gegen 11 Uhr verließ Gandhi mit seinem Gefolge den Dampfer und begab sich zur Marceller Studentenvereinigung, die ihm einen warmen Empfang bereite und in einem indischen Restaurant ein Bankett zu seinen Ehren gab.

## Königspuffsch wird untersucht.

Die spanische Republik rechnet ob.

Madrid, 11. September. (Eigenbericht.)

Die Politische Untersuchungskommission über den Staatsstreik von 1923 hat ihre Tätigkeit eröffnet. Sie wird zunächst den Prozeß gegen die Generäle Damasco, Berenguer und Ravarro und Munoz Cobos durchführen. Sie beschloß außerdem, das gesamte letzte Kabinett Alhucemos zu vernehmen. Unterkommissionen sind in Barcelona und Jaca an Ort und Stelle tätig.

Der freigeordnete Staatsratsposten im bayerischen Finanzministerium, dessen Inhaber zugleich stellvertretender Finanzminister ist, wird trotz der allgemeinen Bestrebungen und Verhandlungen zur Regierungsbildung neu besetzt werden. Zum neuen Staatsrat ist der Landtagsabgeordnete Schäffer bestimmt, der erste Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei. Er wird ab 16. September die Leitung des Finanzministeriums übernehmen.

# Gewerkschaftsfest morgen in Treptow

bei Zenner, Spreegarten, Sonnenwende, Schloß Treptow, Abtei, Paradiesgarten. — Konzert, Gesang, Feuerwerk, Tombolen. — Eintritt 50 Pfennig. — Erwerbslose und Angehörige frei. Jugendliche, Lehrlinge u. Kinder 25 Pfennig.

## Der fehlerhafte Zirkel.

Lohnabbau = Abfahrückgang — Abfahrückgang = Lohnabbau.

In fast allen Tarifbezirken der Holzindustrie haben die Unternehmer die laufenden Lohnabkommen gefährdet. Im Rheingebiet verlangen die Unternehmer eine Herabsetzung der Löhne um 14 Pf. pro Stunde. Verhandlungen mit dem Deutschen Holzarbeiterverband sind ergebnislos verlaufen. Im Bezirk Bremen verlangen die Unternehmer einen Abbau der Stundenlöhne um 10 Pf. Auch hier sind die Verhandlungen gescheitert. Im Ruhrbezirk wurde für die Holzindustrie ein Schiedspruch gefällt, der ab 1. September die Holzarbeiterlöhne um 5 Pf. und ab 1. Oktober um weitere 2 Pf. kürzen soll.

Das ist natürlich kein „allgemeiner Lohnabbau“, von dem der Reichsarbeitsminister nichts wissen will. Heute dieser, morgen jener Bezirk. Einmal trägt man der besonderen Finanzlage der Gemeinden Rechnung und kürzt zum zweiten Male die Löhne der Gemeindefunktionäre. Dann kommen nochmals die Beamten dran. Es muß auch der besonderen Lage irgendeiner Industrie Rechnung getragen werden und der Lohnabbau vollzogen werden. Eine Gruppe von Arbeitern hat noch einigermaßen ausreichende Löhne — ausreichend, wenn die Arbeiter voll beschäftigt wären. Diese Lohnhöhe läßt sich in diesen Notzeiten nicht rechtfertigen, hat doch selbst Herr Bögler nur noch 360 000 M. Jahreseinkommen. Also Lohnabbau! So geht es von Bezirk zu Bezirk, von den Arbeitern über die Angestellten zu den Beamten und wieder zurück. Aber von einem allgemeinen Lohnabbau will der Reichsarbeitsminister nichts wissen.

Das Institut für Konjunkturforschung stellt von Vierteljahr zu

Wierteljahr das Absinken der Kaufkraft fest, das diese Lohnkürzungen im Gefolge haben. Ergebnis: ein ungeheurer Leerlauf in der Privatwirtschaft, der gleichbedeutend ist mit dem „Einfrieren“ nicht allein der Kredite, sondern der gesamten Anlagen. Das ist der Erfolg der „Rationalisierung“, der in Deutschland darin bestand, die „eingesparten“ Arbeiter auf die Straße zu werfen und die Leistungssteigerung den Arbeitern und Angestellten vorzuenthalten. Die weitere Folge dieser „Wirtschaftsführung“ ist das riesenhafte Anschwellen der Arbeitslosigkeit, die wieder, im Verein mit den verminderten Steuereinnahmen, das Defizit der öffentlichen Finanzen erzeugt. Das Reich hilft sich — und zwingt Länder und Gemeinden, dasfelbe zu tun — mit den „bewährten“ Methoden unserer „Wirtschaftsführer“: Lohnabbau und Entlassungen. Was wieder ein Absinken der Kaufkraft und somit eine Verschärfung der Wirtschaftskrise im Gefolge haben muß.

So kann es natürlich nicht ad infinitum weitergehen. Die Ernte kann nicht abgeerntet werden, die Kohlenbänne sind überfüllt, die Baumwolle „muß“ verbrannt werden. Wie wird es im nächsten Jahre — wenn in dieser Politik, sich selbst die Luft abzuschneiden, fortgefahren wird?

Als Herr Stegerwald im Mai 1930 sich vor den Trustmagnaten an der Ruhr beugte und die Löhne um 7 1/2 Proz. senkte, begann jener fehlerhafte Zirkel, der uns in die gegenwärtige Katastrophe gebracht hat. Die Schwerindustrie hat sich überkapitalisiert und zudem verpekuliert. Man gestattet ihnen aber heute noch Arbeitszeiten bis zu 60 Stunden, verbunden mit Hungerlöhnen. Aus diesem fehlerhaften Zirkel müssen wir endlich heraus!

## Die Christen mahnen Stegerwald.

Löhne und Preise. — Notverordnung.

Der Vorstand des christlichen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht eine längere Entschliessung, in der er zunächst die Staatskontrolle über das Bankwesen und eine Neuordnung des Aktienrechts fordert. Dann heißt es:

„Wir bedauern, daß auch in der Zeit des Lohnabbaues die Regierung von den Möglichkeiten, die ihr das durch Notverordnung noch ergänzte Kartellrecht gibt, so gut wie keinen Gebrauch gemacht hat. Eingriffe in die abbaureifen Preise, zu denen auch die Preise und Gebühren mancher öffentlichen und halböffentlichen Körperschaften sowie die Preisbindungen von vielen Innungen gehören, dürfen nicht länger hinausgeschoben werden.“

Der Deutsche Gewerkschaftsbund verlangt mit größtem Nachdruck, daß der seit Monaten betriebenen systematischen Forderung nach Beseitigung der Unabdingbarkeit tarifvertraglicher Vereinbarungen nicht nachgegeben wird. Die Erhaltung des Reallohnes ist in der Zeit des Lohnabbaues auch von der Reichsregierung stets als Ziel anerkannt worden, aber infolge der Starrheit vieler Preise und der zunehmenden Kurzarbeit ist er nicht erreicht worden. Bei einer Fortdauer des Lohnabbaues wird den deutschen Arbeitnehmern, sowohl denen, die in Neubauwohnungen untergekommen sind, wie den Bewohnern der Altbauwohnungen, die Fortzahlung der bisherigen Mieten völlig unmöglich. Die Senkung der Mieten darf aber nicht durch den völligen Abbau der Hauszinssteuer versucht werden, wie vielfach vorgeschlagen wird.

Wir halten es für unsere Pflicht, die Reichsregierung erneut an ihre Zusage zu erinnern, im Herbst 1931 die schlimmsten Härten der Notverordnung vom 5. Juni 1931 zu beheben. Wenn wir auch die Notwendigkeit eines Ausgleichs der öffentlichen Haushalte unbedingt bejahen, so dürfen trotzdem eine Reihe von Befreiungen, die die Notverordnung den Arbeitnehmern und den Arbeitslosen auferlegt hat, nicht länger aufrecht erhalten werden.

Die Kosten der öffentlichen Verwaltung sind nicht nur durch die Anpassung der Besoldungen in den Ländern und Gemeinden an die für gleichartige Tätigkeit im Reich geltende Beamtengehälterregelung zu senken, sondern darüber hinaus durch Vereinfachung der Verwaltung im Sinne eines verstärkten Einflusses des Reiches auf die innere Verwaltung.“

Es ist außerordentlich bedauerlich, daß sich die christlichen Gewerkschaften noch immer nicht von ihrer kurzfristigen und verhängnisvollen Beamtenfeindlichkeit freimachen können. Denn was bei der „Anpassung“ der Beamtengehälter herauskommt, haben wir eben bei den Gemeindefunktionären erlebt und erleben wir bei den erzwungenen Sparmaßnahmen der Länder und Gemeinden. Der christliche Deutsche Gewerkschaftsbund täte besser, seine Aufmerksamkeit den skandalösen Rieseneinkommen in der Privatwirtschaft zuzuwenden und die große Masse der mittleren und Unterbeamten ungeschoren zu lassen. Mit solchen Forderungen fördert er den Lohnabbau, statt ihn zu hemmen.

## Ausländer in der Landwirtschaft.

Verlogene Angriffe des „Deutschen“.

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben: Der „Deutsche“ greift den Deutschen Landarbeiter-Verband in Nr. 204 wegen seiner Haltung in der Frage der Beschäftigung ausländischer Landarbeiter an. Er behauptet, daß es mit der Bekämpfung der Ausländerbeschäftigung durch die roten Gewerkschaften, besonders durch den Deutschen Landarbeiter-Verband, eine oberflächliche Sache sei, über die am besten geschwiegen werde. Sowohl im Vorstand der Deutschen Arbeiter-Zentrale, als auch in den provinziellen und lokalen Ausschüssen seien die freien Gewerkschaften immer sehr matt und zu Kompromissen mit den Großagrariern geneigt. Nur der rücksichtslosen Bekämpfung und Ablehnung der polnischen Wanderarbeiterbeschäftigung durch den christlich-nationalen Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer sei es zu verdanken, daß diese Angelegenheit im vorigen Herbst ins Rollen kam und die Sozials vor erneutem Umlaufen bewahrt blieben.

Soviel Behauptungen, so viele Lügen. Der Deutsche Landarbeiter-Verband hat sich gegen die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter in der deutschen Landwirtschaft bereits zu einer Zeit gewandt, in der von einem Kampf des christlichen Landarbeiter-

Verbandes noch nicht das geringste zu merken war, ja, in der er noch mehr oder weniger den Standpunkt der landwirtschaftlichen Unternehmer teilte.

Ueber die Beschäftigung ausländischer Landarbeiter in Deutschland bestehen mit einer Reihe von Staaten Verträge, die das Reich nicht ohne Kündigung ändern kann, so besonders mit Polen. Der „Deutsche“ und der christliche Landarbeiter-Verband wissen das natürlich.

Ferner dürfen die ausländischen Landarbeiter nicht außer acht gelassen werden, deren restlose Beseitigung schon aus menschlichen, man kann auch sagen aus nationalen Gründen nicht zweckmäßig ist. Wir denken dabei an die Arbeiter, die deutsche Frauen geheiratet und Kinder haben.

Bergehen wir ferner nicht, daß ein Verbot jeglicher Ausländerbeschäftigung in Deutschland natürlich für andere Staaten nicht ohne Folgen bleibt. Es arbeiten mehr Deutsche in Dänemark, Holland und der Schweiz, als umgekehrt Angehörige dieser Staaten in Deutschland. Mit großer Mühe wird versucht, den deutschen Arbeitern auch Arbeitsplätze durch Staatsverträge in Frankreich, England usw. zu sichern. Wer will es verantworten, diese Entwicklung zu stören? Aber auch die Verträge mit Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei enthalten Bestimmungen, die, auf Deutschland angewandt, den deutschen Landarbeitern gewisse Sicherungen ihres Lohnstandards geben.

Es gibt noch andere Gründe, die der Beseitigung des letzten Ausländers in Deutschland im Wege stehen. Namentlich aus außenpolitischen Gründen wollen wir darauf nicht eingehen. Wir hoffen, daß uns der „Deutsche“ und der nationale christliche Reichsverband durch eine weitere dumme Polemik nicht dazu zwingen.

Wenn neben allem noch etwas geeignet ist, den christlichen Landarbeiter-Verband ins Unrecht zu setzen, dann ist es das Behalten, das der Vertreter dieses Verbandes, Roschiger, bei den Verhandlungen des Fachausschusses der Fachabteilung für die Landwirtschaft beim Arbeitsamt Leipzig über die Anträge auf ausländische Wanderarbeiter für das Jahr 1931 an den Tag legte. Herr Roschiger äußerte sich unter anderem, daß sich wahrscheinlich erst dann deutsche Arbeiter zur Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft bereit finden werde, wenn es keine Fürsorgeunterstützungen mehr geben wird!

Mit dieser infamen Beschimpfung der deutschen Arbeiter wollte sich R. um ein klares Bekenntnis in der Frage der Ausländerbeschäftigung drücken. Bei der Abstimmung über die vorliegenden Bewilligungsanträge enthielt er sich der Stimme. Der „Deutsche“ und der christliche Landarbeiter-Verband täten gut, zunächst einmal vor der eigenen Türe zu kehren.

## Wieder Mordanschlag auf Landarbeiter

„Schade, daß ich ihn nicht in den Bauch getroffen habe.“

Breslau, 11. September. (Eigenbericht.)

Ein neuer unglaublicher Rohheitsakt eines Agrariers wird aus Bellaun bei Cansh gemeldet. Dort jagte der Gutsbesitzer Stelzer auf einen Landarbeiter, als dieser seinem Unternehmer eine Lohnforderung überreichte. Der Arbeiter trug erhebliche Verletzungen an Rücken und Beinen davon. Der Besitzer, gegen den bereits ein Verfahren wegen Körperverletzung schwebt, weil er kürzlich den Gemeindevorsteher mit dem Messer bearbeitete, äußerte nach der Tat: „Schade, daß ich ihn nicht in den Bauch getroffen habe.“

Die Meldung sagt nicht, daß der gemeingefährliche Gutsbesitzer hinter Schloß und Riegel gefestigt wurde. Wir verlangen, daß die Justizbehörden endlich einmal durchgreifen. Die Fälle, wo Gutsbesitzer mit dem Gewehr gegen Landarbeiter vorgehen, mehren sich in erschreckender Weise. Es ist Zeit, den Gutsbesitzern zu zeigen, daß sie nicht über den Gesehen stehen.

## Werbeaktion im Gesamtverband.

Der Vorstand des Gesamtverbandes hat eine große Werbeaktion beschlossen, die sich über das ganze Reich erstrecken und in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember durchgeführt werden soll. Zur Unterstützung dieser Werbeaktion wird die ganze Verbandsmitgliedschaft ausgerufen. In dem Aufruf des Vorstandes heißt es: „Wir können nicht länger dulden, daß uns ein großes Heer unorganisierter Berufscollegen bei der Durchführung des gewerkschaftlichen Tageskampfes hemmend im Wege steht. 700 000 Verbandsmitglieder greifen an, vorwärts für den Gesamtverband!“

## Die resolutionäre KPD.

Wie die Erwerbslosen belogen werden.

Das Organ jener Partei, die gegen die Arbeitslosen versicherung gestimmt und die Arbeitslosenfürsorge gefordert hat, berichtete jüngst über eine kommunistische Erwerbslosenerfassung, in welcher eine von den Veranstaltern zurechtgemachte Resolution beschlossen wurde, in der es heißt:

„Durch die Unterstützung der Brüning'schen Kotoerordnungs-politik hat der ADGB an der Beschlagung der Arbeitslosenfürsicherung mitgearbeitet. Der Verlauf des Frankfurter Kongresses beweist von neuem, daß die reformistischen Gewerkschaften diesen neuen Hungerfeldzug nicht nur deden, sondern aktiv unterstützen werden. Mit der demagogischen Parole der „Arbeitslosenfürsorge“ gibt Leipzig das Stichwort für die „völlige Preisgabe der Arbeitslosenfürsicherung“.“

Auf dem Gewerkschaftskongress war die kommunistische Presse vertreten. Auch der Berliner Vertreter der Moskauer „Pravda“ war anwesend. Die kommunistische Presse ist mithin über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses genau unterrichtet. Die Entschliessung zu Punkt 2 der Tagesordnung lag — gleich allen übrigen — gedruckt vor. Der dritte Absatz lautet:

„Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung der Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig wie die Sanierung der öffentlichen Haushalte.“

Da kommen denn die „Revolutionäre“ daher, die heute noch „grundfähig“ den Standpunkt der „Fürsorge“ vertreten und belügen die Erwerbslosen so unverschämt, der Genosse Leipzig — der die Entschliessung des Gewerkschaftskongresses eingehend begründete — habe sich gegen die Versicherung für Arbeitslosigkeit gewandt und sich für die Arbeitslosenfürsorge eingelassen! Sie selber sind es, die Fürsorge wollen und gegen das Gesetz über die Arbeitslosenfürsorge gestimmt haben, während die Gewerkschaften ihre alte Forderung auf Arbeitslosenfürsicherung durchgesetzt haben.

## In einem vornehmen Hotel.

Arbeitszeit von 11 bis 18 Stunden.

Der Direktor Petry des Hotels Astoria in Leipzig bekam einen Strafbefehl über 1970 M. bzw. einen Monat vierzehn Tage Gefängnis, wegen Uebertretung der Arbeitszeitvorschriften durch 2500 Ueberstunden in knapp einem Monat. Der Herr Direktor erhob Widerspruch beim Leipziger Amtsgericht, wo er allerlei Ausreden vorbrachte. Die Regelung der Arbeitszeit sei Sache der Ressortchefs. Die über die Arbeitszeit geführte Kartothek hätten die recherchierenden Beamten beschlagnahmt, nachdem ihnen der Herr Direktor verboten hatte, mit dem Personal in Verbindung zu treten. Petry suchte den Beamten das Patet zu entreißen. Vor Gericht behauptete er, die Kartothek zeige nur das Betreten und Verlassen des Hotels an, nicht aber die reine Arbeitszeit. Wenn das Personal nach Arbeitschluß noch herumgebummelt habe, sei das nicht seine Schuld.

Da der Herr schön öfter wegen Arbeitszeitüberschreitung mit dem Gesetz in Konflikt geraten war, wurde er zu 2150 M. Geldstrafe bzw. einem Monat 26 Tagen Gefängnis verurteilt.

Einen Betriebsrat duddet der Herr Direktor im Hotel Astoria mit etwa 300 Beschäftigten nicht und erst recht kein freigewerkschaftlich organisiertes Personal, da er „seine Gäste“ hat. Sogar die Frau des Erbauers war hier abgestiegen. Daß im Gastwirts-gewerbe täglich 10 Stunden gearbeitet werden kann, genügt dem Herrn Direktor offenbar noch nicht.

## Nach fünf Monaten Kampf.

Beendigung des Konflikts im norwegischen Baugewerbe.

Oslo, 11. September.

Nach Verhandlungen, die bis in die heutigen frühen Morgenstunden dauerten, ist im Baugewerbe eine Einigung in der Lohnfrage erzielt worden. Trotzdem noch eine Abstimmung stattfinden soll und eine endgültige Entscheidung vor dem 18. September nicht zu erwarten ist, nimmt man an, daß die heutige prinzipielle Einigung das Ende der großen Aussperrung bedeutet, die fünf Monate gedauert hat und von der 65 000 Arbeiter betroffen waren.

## Anfallsschutz und Berufsfrankheiten.

Internationale Gesundheitskonferenz.

Bern, 11. September.

Auf der internationalen Konferenz des Personals im Gesundheitswesen sprach neben anderen Rednern auch Paul Vogl, Berlin, Leiter der Reichsleitung des Gesundheitswesens im Gesamtverband des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben, über: „Anfallsschutz und Berufsfrankheiten im Gesundheitsdienst“.

## Die russische Metallindustrie.

Der schwächste Punkt des Fünfjahresplans.

Die „Pravda“ veröffentlicht einen Bericht des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion über die Lage der russischen Metallindustrie. Darin heißt es, die russische Metallindustrie sei der schwächste Punkt im russischen Fünfjahresplan. Alle Bemühungen der Regierung und der Partei, die Erzeugung zu heben, seien ergebnislos verlaufen.

Der Bericht verlangt, daß endlich der russischen Industrie mehr Beachtung geschenkt werde, da sie den Anforderungen zur Zeit nicht gewachsen sei.

Verantwortlich Hr. Wolff; Bietes Schill; Wirtschaft: G. Kinscheller; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Kreislauf: Dr. John Schönewald; Soziales und Sozialgesetz: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glode; Amtlich in Berlin. Vorstand: Hermann-Berlos G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Berlos-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 66, Lindenstraße 2. Seite 2 Beilage.